

Antifaschistische Zeitung

MOABITER ANTIFASCHISTISCHE DEMONSTRATION

9. November 1938
9. November 2009

71. Jahrestag der Reichspogromnacht

Kein Vergessen! Kein Vergeben!
Gefeiert wird nicht!
Wider dem nationalistischen Taumel!

„Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen.“
Primo Levi

9. November, 17 Uhr
Mahnmal Levetzowstraße
Gedenkundgebung und
antifaschistische Demonstration in Moabit



Veranstalter: AIM, Mitglied in der Berliner VVN-BdA
Unterstützerinnen: Antifa TU, A.N.A., APB, EAG

EDITORIAL

Auch dieses Jahr rufen wir, wie seit fast 20 Jahren, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal an der ehemaligen Synagoge in der der Levetzowstraße in Moabit auf. In den letzten Jahren haben sich regelmäßig viele hundert Menschen an unserer Kundgebung beteiligt. Anschließend wird sich eine Demonstration. Sie folgt dem Weg, den die Jüdinnen und Juden vom Sammellager in der Synagoge in Levetzowstraße zum Deportationsbahnhof an der Putlitzbrücke am helllichten Tag und unter aller Augen gehen mussten. Sie hält an Orten von Verfolgung und Widerstand in Moabit.

Mit der diesjährigen Veranstaltung schließt sich ein Kreis. 1990 wollten wir ein Zeichen setzen gegen den überschäumenden neuen deutschen Nationalismus, der die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu überblenden drohte. 19 Jahre später stehen in Berlin am 9. November die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des „Mauerfalls“ ganz oben auf der Gedenk-Agenda. Unsere Veranstaltung soll ein kleiner, aber entschiedener Gegenpart dazu sein und daran erinnern, dass Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus im wiedervereinigten Deutschland keineswegs der Vergangenheit angehören.

Als Redner haben wir Peter Neuhof gewonnen. Er wurde 1925 als Kind jüdischer und kommunistischer Eltern geboren. In seinem Buch „Als die Braunen kamen – Eine Berliner jüdische Familie im Widerstand“ hat er dem Widerstand gegen die Nazis und den Opfern des Nationalsozialismus ein literarisches Denkmal gesetzt.

An dieser Stelle möchten wir auch an Gerhard Leo erinnern, der am 14. September 2009 in Berlin im Alter von 86 Jahren verstorben ist. Er war einer unserer „Zeitzeugen“, Redner auf unserer Kundgebung. Gerhard, jüdischer Emigrant in Frankreich, antifaschistischer Kämpfer in der französischen Resistance, war noch in seinen letzten Lebensjahren ein engagiertes Mitglied der Berliner Initiative gegen Abschiebehaf: „Papa Leo“ - so nannten ihn die von Ausweisung bedrohten Flüchtlinge im Abschiebeknast in Köpenick. Auch wir vermissen ihn.

Nicht zuletzt gilt unsere Solidarität denjenigen, die von Antisemitismus nach wie vor tagtäglich bedroht sind - den Jüdinnen und Juden, hier in Berlin, in Deutschland, in Israel und anderswo.

*AIM / Antifaschistische Initiative Moabit Oktober 2009
c/o Berliner VVN-BdAe.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
a_i_m@gmx.de | www.aim-berlin.de.vu*

INHALT:

Editorial	Seite 2
Interview mit Gisela Lindenberg	Seite 3
Aufruf zum 9. November 2009	Seite 4/5
Gegen jedes Heldengedenken - Deutsche Opfermythen angreifen	Seite 6/7
Der Zukunft zugewandt - Gedenkpolitik in der BRD	Seite 8
Neonazis fischen in linken Gewässern	Seite 9
Antisemitismus in Prenzlauer Berg	Seite 10/11
Unter aller Augen - Das „Sammellager Levetzowstraße“	Seite 12
Die Deportationen vom Bahnhof Putlitzstraße	Seite 13
Versteckt in der Waldstr. 6	Seite 14
Widerstand im Krankenhaus Moabit	Seite 15
BORN TO BE DEPORTED – FÜNF VOR ZWÖLF!!	Seite 16
Verhindern wir die Abschiebung von Roma!	Seite 17
Deutsches Jahr	Seite 18-21
Ausstellungen	Seite 22
Termine	Seite 23-24
Impressum	Seite 24

„Ich hatte große Hemmungen davor, wieder nach Deutschland zu gehen.“

Gisela Lindenberg wird am 24.03.1925 als Gisela Wolff in Berlin geboren. Ihr Vater arbeitet als Kaufmann und Juwelier und ist in der Spedition tätig, ihre Mutter ist Hausfrau. Weil der Vater 1932 in Hamburg Arbeit findet, zieht Lindenberg mit ihrer Familie aus Berlin weg. Als jüdisches Mädchen ist sie ständig Schikanen ausgesetzt. Nach der Reichspogromnacht 1938, kurz vor ihrem Schulabschluss, schicken die Eltern Lindenberg mit einem Kindertransport nach England, um ihr einziges Kind vor den Nazis zu retten. Im Exil arbeitet sie unter anderem als Näherin in einer Fabrik und engagiert sich in der Freien Deutsche Jugend (FDJ).

Lindenberg geht 1945 nach Westdeutschland und arbeitet als Dolmetscherin für die US-Armee. 1948 zieht sie nach Ostberlin, wo sie als Übersetzerin tätig ist

Frau Lindenberg, Sie wurden 1925 in Berlin geboren. In was für einem Elternhaus sind Sie aufgewachsen?

Mein Vater arbeitete als Kaufmann und Juwelier, meine Mutter war Hausfrau. Meine Eltern waren sogenannte ‚3-Tage-Juden‘: Wir gingen nur zu den hohen Feiertagen in die Synagoge. Allerdings haben sie mich schon recht früh in eine jüdische Schule geschickt. An Politik habe ich von meinen Eltern gar nichts mitbekommen. Als es dann mit den Nazis losging und ich verfolgt wurde, habe ich mir das überhaupt nicht erklären können.

Wie haben Sie die Reichspogromnacht erlebt?

Mein Vater ist damals zu meiner Großmutter gefahren, um nicht zu Hause zu sein. Es wurden viele jüdische Männer verhaftet und mein Vater hatte damit gerechnet. Ich selbst bin am nächsten Morgen nichts ahnend zur Schule gegangen und habe

die brennenden und rauchenden Synagogen gesehen. In der Schule habe ich dann von der ersten Maßnahme erfahren: Die jüdischen Kinder polnischer Herkunft waren nicht mehr da. Sie waren von den Nazis bis an die Grenze deportiert worden. Es gab natürlich keinen Unterricht, wir wurden nach Hause geschickt. Wir sollten zu dritt gehen und aufpassen.

Ihre Eltern haben Sie dann nach England geschickt, um sie zu retten...

Ja, sie haben mich bei der Jüdischen Gemeinde für einen der Kindertransporte angemeldet. Ich bin als Dreizehnjährige im Januar 1939 mit einem der ersten Transporte losgefahren. Die Reichspogromnacht war für meine Eltern der Auslöser dafür, mich aus Deutschland wegzuschicken. Meine Eltern waren ja unpolitisch und lange der Meinung, Hitler würde schon irgendwann wieder verschwinden. Sie selbst wollten damals in die USA, aber es wurden immer weniger Leute reingelassen. Meine Eltern haben mich ja auch in dem Glauben in den Zug gesetzt, dass sie bald nachkommen. Als es losging, dachte ich: Bald sehen wir uns alle wieder und dann wird alles gut. In England habe ich mich dann jeden Abend vorm Schlafengehen in die Kissen geweint. Es war eine furchtbare Zeit.

Hatten Sie in England noch Kontakt zu Ihren Eltern?

Über Verwandte in den USA habe ich noch ein paar Mal Post bekommen, aber es war alles sehr kompliziert. Eine Tante, die noch in Hamburg wohnte, hat mir dann mitgeteilt: Deine Eltern haben eine Reise angetreten. Ich glaube, ich wusste zu diesem Zeitpunkt schon, was das bedeutet. Es war das Letzte, was ich von meinen Eltern mitbekommen habe. Sie sind in einem Vernichtungslager in Minsk umgekommen. Es ist ihnen sehr anzuerkennen, dass sie mich mit dem Kindertransport nach England geschickt haben.

Was ist mit Ihren anderen Verwandten geschehen?

Die sind alle deportiert worden. Und deswegen wollte ich auch nicht mehr zurück. Das hat sich bei mir festgesetzt: Da kannst du nicht leben wollen, da ist niemand mehr.

Sind Sie der Nazi-Ideologie noch begegnet, als Sie dann doch zurück nach Deutschland gegangen sind?

Wir haben gesehen, dass die alten Nazis in ihren Positionen geblieben sind, das war deprimierend. Aber es sich keiner mehr getraut, offen als Nazi aufzutreten.

Und Antisemitismus?

Da durch, dass Israel solch eine schlimme Politik gemacht hat und mit den Juden gleichgesetzt wird, gibt es schon einen gewissen Antisemitismus. Und dann wird natürlich oft verallgemeinert: „Juden sind die Reichen da oben, die bestimmen noch zu viel...“. Aber direkt auf der Straße ist mir kein Antisemitismus mehr begegnet. Anderen, denen ihr Glaube anzusehen war, weil sie zum Beispiel Rabbiner waren und ein Käppi aufhatten, schon.

Ich hatte große Hemmungen davor, wieder nach Deutschland zu gehen. Mehr als mein Mann – vermutlich, weil ich von der Schule her mehr jüdisch beeinflusst war. Deswegen hatte ich große Befürchtungen, wie es hier sein wird. Mein Mann dagegen, der links und organisiert war, hat es als seine Pflicht angesehen, in Deutschland beim Aufbau des Sozialismus zu helfen. Allerdings haben sich meine Befürchtungen nicht bewahrheitet. Es gab aber einzelne Aktionen, zum Beispiel wurden im Betrieb meines Mannes Resolutionen herumgereicht, mit denen man sich gegen Israel aussprechen sollte – das hat mein Mann nie gemacht.

*(Das Interview wurde am 30.03.2009 geführt.)
AIM / Berliner VVN-BdA*

9. November 2009 – 71. Jahrestag der Pogromnacht

Kein Vergessen! Kein Vergeben!



Mahnmal für die ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße

Am 9. November 1938 brannten in Deutschland und Österreich die Synagogen,

jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden überfallen, demoliert und geplündert. Jüdinnen und Juden wurden von antisemitischen Deutschen gedemütigt und geschlagen, vergewaltigt und ermordet. Etwa 30.000 Männer wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt. Die Gewalt der Pogromnacht bildete den Auftakt zu Deportation und Vernichtung, zum Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden.

Der 9. November 2009 ist der 71. Jahrestag der Pogromnacht 1938.

Er fällt mit dem 20. Jahrestag des Mauerfalls und den anstehenden offiziellen Feierlichkeiten zusammen: Am 9.11.2009 findet auch das „Fest der Freiheit“ am Brandenburger Tor statt – „Höhepunkt“ der Feier ist eine monströse Inszenierung die den Mauerfall symbolisch nachvollzieht. Mauersteine sollen auf einer Länge von zwei Kilometern wie Dominosteine nacheinander umfallen. Auch mit dieser Inszenierung macht die Bundesrepublik deutlich, was sie für eine Schwerpunktsetzung in der offiziellen Geschichtsschreibung und Erinnerung vornimmt.

Der Tag der Befreiung für die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus war bereits der 8. Mai 1945. Sie wurden von den Armeen der Antihitler-Koalition und den PartisanInnen in den überfallenen Ländern Europas aus den Gefängnissen, Konzentrationslagern, aus ihren Verstecken befreit. Aber nicht um sie soll es sich am 9. November 2009 drehen, sondern um die „Freiheit“ ohne die BefreierInnen und die Befreiten. Durch die Behauptung, der Mauerfall 1989 stehe für die Überwindung „zweier Diktaturen auf deutschen Boden“ wird der Nationalsozialismus und seine Verbrechen relativiert und als eine bedauerliche, aber überwundene Episode, die dem mittlerweile 60-jährigen „Erfolgsmodells BRD“ voranging, verharmlost.



„Es ist geschehen, also kann es wieder geschehen.“ (Primo Levi)

Paul Spiegel, der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland

warnte schon in seiner Rede zum 9. November 2000: „(...) Aus diesem Grund ist dieses Datum für alle Deutschen auch ein Tag der Freude. Es darf aber niemals das Gedenken an den 9. November 1938 - an den staatlich organisierten Pogrom - verdrängen und schon gar nicht zu einem ‚Feiertag 9. November‘ führen. Denn Volksfeststimmung mit Würstchenbuden und Bierzelten, die der Freude über die Niederreiung der Mauer angemessen sind, taugen nicht zum Gedenken an die Millionen von Toten des Nazi-Terrors.“

Die nationalistische Euphorie, die auf die so genannte „Wiedervereinigung“ folgte,

entlud sich ungehemmt in den rassistischen Pogromen 1991 in Hoyerswerda, 1992 in Rostock-Lichtenhagen und durch Brandanschläge auf MigrantInnen in Mölln 1992 und Solingen 1993. Es folgten die Wahlerfolge neofaschistischer Parteien wie der NPD, rassistische Sondergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts 1993 und die Debatten um die immer wieder verschleppte Entschädigung ehemaliger NS-ZwangsarbeiterInnen. Dies gibt der Erinnerung an die Pogromnacht 1938 immer wieder erschreckende Aktualität und Notwendigkeit.

Der 9. November ist kein Tag, um Deutschland zu feiern, sondern der Tag, an dem die Deutschen 1938 ihre Bereitschaft zum Holocaust erklärten.

Dem Gedenken an die deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus auch weiterhin Gehör zu verschaffen bleibt unsere wichtigste Aufgabe.

Der Schwur der Überlebenden von Buchenwald war und ist für uns immer Verpflichtung zum Handeln und muss es auch in Zukunft bleiben, denn ihr Traum von einer „neuen Welt des Friedens und der Freiheit“ ist noch lange nicht erfüllt. Der ehemalige Vize-

Präsident des Internationalen Buchenwald-Komitees, Emil Carlebach, brachte es anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung auf den Punkt:

„Zu Frieden und Freiheit aber gehört auch die Tradition des Kampfes gegen den Faschismus, gegen Antisemitismus und Herrenmenschentum. In diesem Kampfe waren wir vereint, in diesem Kampfe bleiben wir vereint.“

In diesem Sinne hoffen wir, möglichst viele von Euch am 9. November auf der Gedenkdemo in Moabit zu sehen. Sie folgt dem Weg, den die Jüdinnen und Juden vom Sammellager in der Synagoge in Levetzowstraße zum Deportationsbahnhof an der Putzitzbrücke am helllichten Tag und unter aller Augen gehen mussten und hält an Orten von Verfolgung und Widerstand in Moabit.

Antifaschistische Initiative Moabit, Oktober 2009

Gedenkundgebung und antifaschistische Demonstration um 17.00 Uhr Mahnmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit

Gefeiert wird nicht! Wider dem nationalistischen Taumel!



Deportationsmahnmal an der Putzitzbrücke

Gegen jedes Heldengedenken Deutsche Opfermythen angreifen!

Jedes Jahr treffen sich am so genannten Volkstrauertag Geschichtsrevisionist_innen verschiedenster Couleur auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm in Berlin-Neukölln. Sie versammeln sich dort um die „deutschen Opfer“ zu betauern und ihre Kränze an den diversen Denkmälern abzuwerfen. Diese Denkmäler erinnern an während des deutschen Genozids an den Herero und Nama getötete Kolonialsoldaten, verherrlichen die Gräueltaten des I. Weltkrieges oder erklären Angehörige von SS- und Wehrmachtsdivisionen zu „Helden.“ Seit 2006 regt sich antifaschistischer Protest gegen das jährliche Treiben, die Mittel dabei sind vielfältig. Am Tag selbst begleiteten Antifaschist_innen die Militarist_innen mit einer lautstarken Kundgebung, sie ergriffen jedoch auch selbst die Initiative, so wurden in den letzten Jahren mehrfach geschichtsrevisionistische und NS-Verherrlichende Gedenksteine entfernt oder mit Farbe unkenntlich gemacht. Der Protest hat bereits einige Erfolge zu verzeichnen, so zogen sich nach 2006 die Vertreter_innen der bürgerlichen Parteien zurück. Nach dem „Volkstrauertag“ 2007 untersagte die Bundeswehr in Reaktion auf eine parlamentarische Anfrage der Linken aktiven Angehörigen die Teilnahme und Reservist_innen das Tragen ihrer Uniformen während der Veranstaltung.

Auch für den 15.11.2009 ruft ein Bündnis aus antifaschistischen und linksradikalen Gruppen zum Protest gegen das gruselige Traueritual auf.

Der „Volkstrauertag“ als ganzes hat sowohl eine politisch untragbare Tradition, als auch eine nach wie vor geschichtsrevisionistische und militaristische Gegenwart. Der Volkstrauertag wurde vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in der Weimarer Republik mit eindeutig revanchistischer Stoßrichtung etabliert. Die Reden zu diesem Tage waren meistens mit der Forderung nach Rücknahme der Versailler Verträge und Ansprüchen auf das im Ersten Weltkrieg verlorene Elsass verbunden. Die allgemeine Losung war, denen zu gedenken, die „sterben mussten, damit Deutschland lebe“.

Während der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) sich heute einer so deutlichen Verherrlichung der Kriegstoten enthält und lieber allgemein von „Frieden und Versöhnung“ spricht, wollen rechte und rechtsradikale Kreise nicht bloß trauern, sondern die deutschen Soldaten als Helden feiern. Was beiden aber gemeinsam ist, ist dass ihnen die Gefallenen vor allem als ehrbare Opfer gelten. Bei beiden wird also – allerdings auf sehr verschiedene Weise – der Versuch gemacht, aus Tätern Opfer zu machen und damit die deutsche Geschichte umzuschreiben. Damit wird ein positiver Bezug auf die deutsche Nation erleichtert. Besonders im Gedenkjahr 2009 stehen die Veranstaltungen zum Volkstrauertag damit in einer Reihe mit anderen geschichtspolitischen Veranstaltungen, mit denen sich die deutsche Gesellschaft ihrer guten nationalen Identität zu vergewissern sucht.

Das „Heldengedenken“ am Columbiadamm ist dabei die konsequenteste Ausprägung dieses Versuchs. Veranstalter ist der Ring Deutscher Soldatenverbände (RDS Berlin). Neben Vereinigungen

wie der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger, dem Kyffhäuserbund, dem Stahlhelm, der Burschenschaft Gothia, dem Bund der Vertriebenen, der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG) und der NPD und DVU ließ sich auch eine Delegation des VDK in den vergangenen Jahren die Ehre nicht nehmen, an der gruseligen Veranstaltung teilzunehmen.

Der Friedhof am Columbiadamm eignet sich hervorragend für ein solches Ritual. Auf ihm finden sich neben zahlreichen Gräbern aus den beiden Weltkriegen mehrere monumentale Denkmäler, die in militaristischer Manier die toten Soldaten zu Helden und Vorbildern erklärt. Diese Ehrungen betreffen auch Soldaten, die am Vernichtungsfeldzug in Osteuropa und an den damit verbundenen unzähligen Verbrechen der Wehrmacht beteiligt waren. Neben diesen Kriegsverbrechern wird auf dem Garnisonsfriedhof auch den Gefallenen im Kolonialkrieg in „Deutsch Südwestafrika“ (dem heutigen Namibia) gedacht, einem Vernichtungsfeldzug gegen die aufständischen Herero und Nama, einem weitgehend verdrängten Genozid. Zwar wurde am 02.10.2009 ein Gedenkstein für die Opfer dieses Völkermordes neben dem Hererostein aufgestellt, jedoch vermeidet dieser den Begriff „Genozid“ und unterstreicht damit die relativierende Betrachtung der deutschen Kolonialgeschichte.

Der Garnisonsfriedhof am Columbiadamm ist damit ein wichtiger Bestandteil einer relativierenden militaristischen Erinnerungskultur, die den Einsatz von Soldaten für ihr Vaterland bis in den Tod bis heute für ehrbar hält. Kein Wunder also, wenn er jährlich Nazis,

rechtskonservative, Reaktionäre und Deutschnationale anzieht. Kein Wunder auch, dass dieses Treffen immer wieder anschlussfähig ist für die bürgerliche Mitte. Zwar ist es hier durch antifaschistische Proteste zuletzt gelungen, die Veranstaltung gesellschaftlich zu isolieren und Vertreter_innen der „Demokratischen Parteien“ (noch 2006 legte der FDP-Bezirksverband Neukölln einen Kranz nieder) und der Bundeswehr eine Teilnahme unmöglich zu machen. Auch ging die Zahl der Teilnehmer_innen in den letzten Jahren zurück. Trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, diesem nationalistischen, reaktionären und geschichtsrevisionsistischen Treiben ein Ende zu bereiten. Daher gilt es auch dieses Jahr, der Veranstaltung lauten und unversöhnlichen Protest entgegenzubringen.

Eine linksradikale Kritik am Umgang mit der deutschen Geschichte darf aber nicht bei deren Interpretation durch den rechten Rand stehen bleiben, sondern muss ihre bürgerlichen und zivilgesellschaftlichen Formen ebenso einer Kritik unterziehen. Denn die unsägliche Darstellung der deutschen Kriegstoten als bloße Opfer findet ebenso bei den vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) organisierten Feiern zum Volkstrauertag statt.

Dass ihr Tod zwar für die Familien ein Verlust, für den Rest der Menschheit allerdings ein Glück war, dass also jeder tote Wehrmachtssoldat einen weiteren Schritt für die Beendigung des deutschen Wütens während des Zweiten Weltkrieges bedeutete, das taucht nicht auf. Krieg und Shoah werden fein getrennt, der deutsche Soldat erscheint als gänzlich unpolitisch, als jemand, der nur seine Pflicht erfüllt, bzw. Befehlen folgen musste, zum Einsatz eben gezwungen wurde. Sie werden damit zu willenslosen Vollstreckern

eines bösen Willens deklariert, dem zu widersetzen angeblich gar nicht möglich war. Ohnehin erscheint der Einsatz des eigenen Lebens für das Vaterland als das Natürlichste, denn die eigene Nation ist selbst schon als Teil der eigenen Natur erkannt und ideologisch abgesichert. Dem Staatswillen und sei er auch der Schlimmste, sich durch Desertation zu entziehen, gilt vielen noch immer als Verrat. Zudem widerspricht ein jeglicher solcher Akt der These der Unschuld der Übrigen. Ist die Möglichkeit zu desertieren erstmal gelehnet, erscheint die Tatsache, dass da massenhaft junge deutsche Männer zu Massenmördern wurden, nicht als deren eigene Tat, sondern als traurige Verstrickung, als Tragödie. Vernichtungskrieg in Osteuropa und die Shoah: eine Tragödie. So denkt sich der VDK die Geschichte und so will sie die Mehrheit der Deutschen sehen.

Nachdem man sich also so mit der deutschen Geschichte versöhnt hat, sollen es die anderen gefälligst auch tun. Die Versöhnung über den Gräbern, die sich da herbeigewünscht wird, ist nach dieser Geschichtsauffassung eine Versöhnung von Opfern mit Opfern. Die Tatsache, dass der Volksbund in Polen einfällt, dort große Grabfelder für Wehrmachtssoldaten anlegt und dann noch von der polnischen Bevölkerung Versöhnung verlangt, kommt den wenigsten Deutschen merkwürdig vor.

Mag auch der VDK Nazi-Heldengedenken nur tolerieren und selbst programmatisch nicht aufnehmen, so zeigt sich doch das bürgerlichere Konzept von Versöhnung und Täter-Opfer-Gleichsetzung ohnehin als zeitgemäßer.

Im Volkstrauertag begegnen sich zwei Linien des aktuellen nationalistischen Diskurses: Einerseits wird die deutsche Geschichte

zu einer Geschichte umgeschrieben, in der – abgesehen von einer kleinen Täterclique um einen wahnsinnigen Österreicher – nur noch Opfer vorkommen, und dadurch ein positiver Bezug auf die deutsche Nation ermöglicht. Mit der Forderung nach Versöhnung wird eine „ganz normale deutsche Nation“ beschworen, die demnach auch den Anspruch hat, „wie alle anderen auch“ ihre staatlichen Interessen in der Welt mit Nachdruck und ggf. Militär auch durchzusetzen. Gleichzeitig wird im Gedenken an die Soldaten auch ein positiver Bezug auf deutsches Soldatentum, auf Ehre, Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe wach gehalten und damit eine ideologische Absicherung deutscher Kriegseinsätze betrieben.

Wir wollen keine Helden, wir wollen keine Versöhnung mit der Vergangenheit, wir wollen keine Versöhnung mit der Nation. Deutschland muss sterben, damit wir leben können!

Beteiligt euch zahlreich an der Gegenkundgebung am 15.11.2009 ab 10.00 Uhr am Garnisonsfriedhof Columbiadamm und achtet auf entsprechende Ankündigungen



„Donny! Hier will'n Deutscher für sein Vaterland sterben. Tu ihm den Gefallen.“ (Brad Pitt als Lt. Aldo Raine in Quentin Tarantinos „Inglourious Basterds“)

Der Zukunft zugewandt - Gedenkpolitik in der BRD

Der 9. November steht mal wieder vor der Tür und das offizielle Gedenken an die Reichspogromnacht wird wie üblich äußerst dürftig ausfallen. Stattdessen erwartet uns der von allen Seiten zelebrierte 20. Jahrestag des Mauerfalls. Um das Verhältnis zwischen Erinnern und Gegenwart soll es hier gehen.

Die Gedenkpolitik der BRD lässt sich grob mit zwei Stichworten umschreiben. Erstens eine kaum aufgearbeitete nationalsozialistische Vergangenheit und zweitens die Totalitarismustheorie als Grundlage ‚modernen‘ Gedenkens.

In den ersten Jahren der BRD wurde durch kollektives Totschweigen des Geschehenen sowohl der Wiederaufstieg von NS-Eliten im Wirtschaftswunder begünstigt, als auch die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit aus den Köpfen erleichtert. Erst mit der 68'er Bewegung begann die Aufarbeitung der Verbrechen der Eltern und Großeltern. Infolge dessen fand unter anderem auch eine Liberalisierung der Gesellschaft statt. Nun begannen aber auch schon wieder die Angriffe auf das neue Geschichtsbewusstsein. In den 80ern, während der Kohl-Ära, fingen namhafte Historiker an öffentlich die Singularität des Holocaust anzuzweifeln und die Frage nach der Schuld der Deutschen zu relativieren. Einer dieser Historiker, Ernst Nolte bemerkte dazu: „Die Rede von der ‚Schuld der Deutschen‘ übersieht allzu geflissentlich die Ähnlichkeit mit der Rede von der ‚Schuld der Juden‘, die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war.“^[1] Das passierte ganz im Sinne der vom damaligen Bundeskanzler Kohl propagierten ‚geistig-moralischen Wende‘, was nichts anderes bedeutete, als endlich einen Schlussstrich zu ziehen.

Zu einem Zeitpunkt, da die BRD bereits dabei war, die Verbrechen des Nationalsozialismus vergessen zu wollen, kam es nun zum Fall der Mauer und zur ‚Wiedervereinigung‘. Die Teilung Deutschlands, die die Deutschen sozusagen als greifbares Mahnmal an ihre Vergangenheit erinnerte, war vorüber und mit ihr auch diese ‚Zeit der Buße‘. Der Tenor ging dann sogar dahin zu sagen, Deutschland habe seine Schuld gegenüber der Vergangenheit durch die Jahre der Trennung abgesehen und sei jetzt als wiedervereinigtes

Deutschland geläutert und in der Normalität angekommen. Diese neue Normalität begann dann auch sogleich um sich zu schlagen. Als während des serbisch-bosnischen Krieges Anfang der 90er jede Menge Intellektuelle, wie z.B. Daniel Cohn-Bendit oder Günter Grass, unter Bezugnahme gerade der deutschen Vergangenheit zur gewaltsamen Teilnahme daran aufriefen, schien das schon fast niemanden mehr zu stören. Es war jedoch nur das Vorgeplänkel zum Kosovo-Krieg, wo sich das neue deutsche Selbstbewusstsein endlich außerhalb der eigenen Grenzen beweisen durfte. Unter der Prämisse nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz müsse Deutschland in den Krieg ziehen, etablierte die damalige Rot-Grüne Bundesregierung das aktuelle Verhältnis zur NS-Vergangenheit. Die Verbrechen des Nationalsozialismus sollen nicht mehr Mahnung an die Vergangenheit sondern politisches Argument für die Zukunft sein.

Ein verkürzter Bezug auf die Vergangenheit zum vermeintlich besseren politischen Handeln ist zwar keineswegs neu, erreicht aber mit der Instrumentalisierung des Nationalsozialismus und insbesondere des Holocaust eine neue Dimension. Durch den inflationären und beliebigen Gebrauch werden sowohl der Nationalsozialismus als auch seine Verbrechen und insbesondere der organisierte Massenmord an den Jüdinnen und Juden relativiert.

Doch auch in der offiziellen Gedenkpolitik ist die deutsche Politik in eine neue Episode eingetreten. Im Supergedenkjahr 2005 wurde endlich, 60 Jahre nach Ende des Holocaust, das Denkmal für die ermordeten Juden eröffnet und durch die Einrichtung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft sollen auch die letzten Rechtsansprüche der noch lebenden Überlebenden des Holocaust abgewiegelt werden. Damit wurde gleichsam neben dem oben genannten moralischen Schlussstrich nun auch ein praktischer gezogen und die Vergangenheit kann nun auch in Deutschland das sein was sie schon immer sein sollte, eine bedauerliche, aber endlich aufgearbeitete Vergangenheit.

Doch die deutsche Gedenkpolitik ist damit keineswegs abgeschlossen. Eine andere Vergangenheit drängt in den letzten Jahren

vermehrt ins Zentrum der Diskussion, nämlich die, der ‚Opfer der SED-Diktatur‘. Im Grunde schon seit nunmehr 20 Jahren gibt es dieses Bestreben. Neben der allgegenwärtigen NS-Vergangenheit war es jedoch nicht möglich die DDR-Vergangenheit in das Licht zu rücken, welches ihr angeblich zusteht. Im Zuge der Abwertung des Nationalsozialismus werden nun die Verbrechen der DDR aufgewertet. Die These von der Überwindung zweier Diktaturen auf deutschem Boden wird somit zum neuen Leitsatz der Gedenkpolitik erhoben. Mauertote und ausgebürgerte DDR'lerInnen werden mit deportierten und industriell ermordeten Jüdinnen und Juden zu einem Brei verrührt. So sieht das antitotalitäre Gedenkkonzept der BRD heute aus. Diese Form der Gedenkpolitik hat zur Folge, dass der Nationalsozialismus und seine Verbrechen relativiert werden.

Generell wird schon seit dem Aufkommen der Totalitarismustheorie im Kalten Krieg versucht Faschismus und Kommunismus in eine Ecke zu rücken, der die westlichen Demokratien gegenüberstehen. Und ganz speziell geht es in der BRD eben darum, die Opfer des Nationalsozialismus mit den Opfern der ‚SED-Diktatur‘ gleichzusetzen und ferner den Begriff „Opfer von Gewaltherrschaft“ an sich zur zentralen Wesensverwandtschaft „totalitärer Staaten“ zu prägen, ungeachtet ihrer sehr viel wesentlicheren Unterschiede.

Dieser Opferbegriff hat dann zur Folge, dass sich Deutschland je nach Anlass als Opfer zweier Diktaturen oder aber als deren Bezwiner stilisieren kann. Ein angemessener Umgang mit der Geschichte ließe so einen Schwachsinn sicher nicht zu.

Das Geschichtsverständnis und die Gedenkpolitik der BRD haben also zwangsläufig die Verharmlosung und Relativierung des Nationalsozialismus zur Folge. Daher werden wir am 9. November nicht feiern, sondern den Opfern des Nationalsozialismus und speziell denen des 9. November 1938 gedenken.

^[1]Ernst Nolte: *Vergangenheit, die nicht vergehen will*, FAZ 6.6.1986



Anti-EU-Demo 05.09.2009
links Marc Kluge,
rechts Daniel Pommerenke



Marc Kluge Daniel Pommerenke

„Linke“ Neonazis machen auf „Querfront“ und agitieren für einen „soveränen sozialistischen Nationalstaat“. Sie haben „keinen Bock auf Kapitalismus“, sind genervt von „Faschos“ und „Autonomen“ und sind auf der Suche nach einem angeblich neuen

Weg „der globalen Krise und den Zuständen des 21. Jahrhunderts zu entkommen“. Nach ihrer Auffassung „wächst die Zahl der politisch Denkenden, deren Selbsteinschätzung sich nicht mehr in links oder rechts erschöpft“ und daraus resultierend kann „die nationale und die soziale Frage nur gemeinsam gelöst werden“ in einem zukünftigen „Bündnis zwischen der sozialistischen und nationalen Bewegung“. Die Querfront-Neonazis hinterlegen ihren „neuen bzw. dritten Weg“ mit einem Ideologie-Mix aus nationalrevolutionären/nationalbolschewistischen Klassikern, ein bisschen Marx, Lenin, Anarchosyndikalismus und natürlich den Vorstellungen der Protagonisten des linken Flügels der NSDAP.

Mit dem „Netzwerk sozialistische Nation“ (NWSN) haben sie sich einen organisatorischen Rahmen gegeben, der in Kollektive Nord, West, Ost, Süd unterteilt ist. Auch in Berlin sind die sozial/nationalrevolutionären Neonazis nun schon mehrmals aufgetaucht. Am 1. Mai 2009 tauchte dieser Personenkreis in Berlin auf der DGB-Demo im Klassenkampfblock mit einem Transpi auf mit der Aufschrift „Das Eigentum in fremder Hand? Unsere Antwort: Klassenkampf!“. Erst im Nachhinein haben die OrganisatorInnen des Blockes festgestellt, dass sich hinter der Gruppierung mit der Website www.sozrev-m.info, eine neonazistische nationalrevolutionäre Querfront-Kameradschaft verbirgt. Sie nennen sich „Sozialrevolutionäre Alternative Mitte“ (SAM) und gehören dem NWSN an. Auf ihrer Website berichten die Kameraden dann auch noch ausführlich über ihre Teilnahme an der „revolutionären 1. Mai Demo“ um 18 Uhr in Berlin-Kreuzberg. Weiterhin prahlen sie mit der Teilnahme an verschiedenen linken Demos und Veranstaltungen. So haben Personen aus dem sozial/nationalrevolutionären Spektrum u. a. im April 2009 an den „Sozialismustagen“ der Sozialistischen Alternative Voran (SAV)

in dem Berliner Jugendkulturzentrum Pumpe teilgenommen. Offensichtlich wurden sie auch hier nicht wahrgenommen.

Bisherige Recherchen ergaben, dass SAM aus Sachsen-Anhalt kommt und mit 6-10 Personen zu verschiedenen Veranstaltungen in Berlin angereist ist. Am 05.09.2009 wollten sie an der großen Anti-Atom-Demo teilnehmen, wurden dann aber von einigen misstrauischen Leuten angesprochen und weggeschickt.

Am gleichen Tag beteiligten sie sich dann am frühen Abend an der u.a. von Jürgen Elsässer organisierten Anti-EU-Demo gegen den „Lissabonner Vertrag“. Thematisch waren die Querfront-Neonazis von SAM hier auf jeden Fall richtig, denn Jürgen Elsässers Thesen mit der Fixierung auf den Nationalstaat und gegen das internationale Finanzkapital ist natürlich eine Einladung für Nationalisten sämtlicher Couleur.

Die sozial/nationalrevolutionären Kameraden beteiligten sich bei dieser „Elsässer-Demo“ mit einem Transparent auf dem sie dreierweise Symboliken der linken Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter Union (FAU) benutzten. Zwei Leute am Transpi, der Magdeburger Daniel Pommerenke und Marc Kluge aus Wernigerode, sind in Sachsen-Anhalt als Neonazis bekannt. Daniel Pommerenke hat noch vor zwei Jahren mit Matthias Gärtner (Bundesschulungsleiter der JN) zusammen auf einer „getarnten“ JN-Liste bei den Uni-Wahlen in Magdeburg teilgenommen hat. Außerdem scheint er sich für das Thema Tierschutz zu interessieren - er nahm in der Vergangenheit auch an entsprechenden Veranstaltungen der Grünen teil. Marc Kluge war jahrelang in der NS-Hardcoreszene und mit dem JN-Bundesvorsitzenden Michael Schäfer zusammen für die JN aktiv. 2007 kandidierte er für die NPD bei den Kreistagswahlen.

Auf der Anti-EU-Demo verteilten sie ein Flugblatt, das sich relativ dilettantisch auf EU- und Globalisierungsproblematik bezieht und dann zu dem Schluss kommt, dass die einzige Alternative „der souveräne sozialistische Nationalstaat mit seinen regulierenden Möglichkeiten“ ist und „Deutschland und die anderen Länder Europas müssen erst ihre eigene volle Souveränität zurückerlangen und einen basisdemokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts etablieren, bevor wirklich grundlegende Debatten darüber geführt werden können wie eine europäische und internationale Kooperation aussehen soll.“ Am Ende des Flugblatts wird auf die Website www.eco-revolution.tk hingewiesen, die vom Namen her erstmal nicht NS- und nationalistische Inhalte vermuten lässt. Das ändert sich dann aber

sozialrevolutionär - nationalrevolutionär?

Aktivitäten von Querfront-Neonazis unterbinden!

spätestens nach einem Blick auf die verlinkten Websites z. B. „www.fahnentraeger.com“. Der „Fahnenträger“ ist quasi das Zentralorgan der „sozial/nationalrevolutionären“ und mit dem linken Flügel der NSDAP sympathisierenden Neonazis.

Weiterhin stößt man auf das NWSN, das unter www.nwsn.info erreichbar ist und auf Lars Popcke aus Soltau/Niedersachsen registriert ist. Am 01. Dezember 2007 trug er auf der Neonazi-Demo in Berlin Rudow ein Transparent „Querfront - gemeinsam statt gegeneinander“. Damals war er noch zusammen mit Söhnke Dorten bei den „Autonomen Nationalisten Nord/West“ aktiv.

2009 versuchten die beiden Soltauer, Popcke und Dorten sich dann über die Piratenpartei zu den Bundestagswahlen als Direktkandidaten aufstellen zu lassen, scheiterten aber an zu wenig Unterstützungssignaturen bzw. traten von der Kandidatur zurück, nachdem ihr neonazistischer Background von AntifaschistInnen öffentlich gemacht wurde.

Aber auch in der NS-Szene sind zumindest diese beiden „linken“ Neonazis nicht sonderlich beliebt. So wurden sie Anfang April 2008 auf der neonazistischen Internetplattform „Altermedia“ als „nationale Antifaschisten“ geoutet und in der Konsequenz wollten neonazistische Zusammenhänge mit ihnen nichts mehr zu tun haben.

Aus dem Agieren der Neonazis vom „Netzwerk sozialistische Nation“ ziehen wir als AntifaschistInnen nur ein Fazit - sie energisch vor die Tür zu setzen, überall dort wo sie auftauchen. Dem deutschen Nationalismus ist eine klare Absage zu erteilen, egal in welcher ideologischen Variante er daherkommt.

Antifa-Recherche Berlin-Brandenburg,
fightback@no-log.org



Neonazis der SAM im Klassenkampfblock der 1. Mai DGB-Demo 2009



Antisemitismus im Prenzlauer Berg

Immer wieder hört man von jüdischen Friedhöfen und Gedenktafeln, die beschädigt, beschmiert oder zerstört werden, von Menschen, die angegriffen werden, weil sie als Jüd_in erkennbar sind und von antiisraelischen Demonstrationen, die mit Hizbollah- oder Hamas-Fahnen, mit „Kindermörder“-Rufen und Juden-Nazi-Vergleichs-Plakaten zu antisemitischen Manifestationen werden. Doch Antisemitismus fängt nicht erst dort an, wo er sich in Demonstrationen oder Gewalt Bahn bricht. Im als alternativ bekannten Bezirk Prenzlauer Berg, in der Schönhauser Allee, tritt die ganze Realität der deutschen Gesellschaft nach 1945 offen zu Tage. Eine empörte Hausverwalterin hetzt in antisemitischer Manier gegen die Conference for Jewish Material Claims against Germany (CJMCAAG), weil eine Freundin von ihr durch ein ordentliches Verfahren vor dem Berliner Verwaltungsgericht ihre Immobilie Ende 2008 abgeben musste.

Die Fakten

Das Haus auf der Ecke Schönhauser Allee/Paul-Robeson-Str. wurde 1938 von einem jüdischen Eigentümer an einen Deutschen verkauft und fällt somit in einen Zeitraum (1933-45), für den jüdische Überlebende des Holocausts, ihre Rechtsnachfolger_innen oder die CJMCAAG Ansprüche vor deutschen Gerichten geltend machen können. In dieser Zeit wurden tausende jüdische Immobilien und Kunstbestände „arisiert“, d.h. sie wurden zwangsversteigert oder aber die Besitzer_innen waren gezwungen, ihre Güter von sich aus weit unter Wert zu verkaufen. Die schrittweise und konsequente Entrechtung sowie Enteignung der jüdischen Bevölkerung war die Vorstufe des industriellen Massenmordes. Mit der Verabschiedung der Nürnberger „Rassegesetze“ im Jahre 1935 führten immer neue Gesetze dazu, dass Jüdinnen und Juden ihren Besitz, ihrer Bewegungsfreiheit und Möglichkeiten Schutz zu suchen

verloren. Heute lässt sich nicht ohne größeren Aufwand herausfinden, wie viele Immobilien tatsächlich enteignet wurden. Jedoch weisen öffentliche Auseinandersetzungen der letzten Jahre darauf, dass das Netz von enteigneten jüdischen Immobilien im Kern von Ost-Berlin sehr engmaschig war.

„Stop the Claims“

Die Verantwortliche der Homepage „stoptheclaims“, Erika Eckmüller, hat keine Mühen gescheut, um die „Ungerechtigkeit“, die ihr (oder genauer ihrer Freundin) widerfahre, unter Beweis zu stellen. Sie hat historische Dokumente vom Landeshauptarchiv Berlin-Brandenburg angefordert, die belegen sollen, dass in diesem Fall der „jüdische Besitzer nicht unter Wert und nicht unter Zwang“ sein Haus verkauft habe. Allein der Name der Homepage lässt keinen Zweifel zu, worum es der deutschen Immobilienmaklerin eigentlich geht: „Stop the Claims!“ bedeutet „Stoppt die Ansprüche“ von jüdischen Organisationen oder Rechtsnachfolger_innen, also Erben von Jüdinnen und Juden, die während des Nationalsozialismus ihr Grundstück verloren haben. Die antisemitischen Positionen Eckmüllers werden insbesondere in ihren Zuschreibungen deutlich, welche die Arbeit der CJMCAAG, ihrem juristischen Gegenüber, verunglimpfen sollen. Um ihrer Argumentation auf den Grund zu gehen, haben wir uns die Texte auf ihrer Homepage ein wenig genauer angeschaut:

Antisemitische Weltverschwörung Die CJMCAAG, von Eckmüller einfach nur „Claims“ genannt, „haben ja unsere Regierung und damit auch unsere Gerichte voll hinter sich. Die Claims hat mit ihrem vielen Geld überall ihre Nase drin. Sie unterwandern sämtliche Institutionen“. Nationalsozialistischen oder islamistischen Karikaturen von Juden kann genau diese Behauptung auch entnommen werden. Dort werden Juden, genau wie bei Eckmüller, durch stereotype Darstellungen, z.B. mit übergroße Nasen als

solche identifizierbar gemacht. Sie halten die Strippen eines Marionettenspiels, an deren Enden Politiker, Medien- oder Wirtschaftsvertreter, manchmal einfach die ganze Welt hängen. Eine weitere Zuschreibung fügt sich ebenso in die von Eckmüller halluzinierte Abstraktheit der CJMCAAG ein: „In Wirklichkeit steht dahinter eine Organisation, die sich die eigenen Taschen vollstopft. Die jüdischen Betroffenen erhalten lediglich einen Bruchteil vom Ganzen, wenn überhaupt.“ Mit wenigen Clicks hätte Eckmüller auf der offiziellen Seite CJMCAAG herausfinden können, dass weltweit unterschiedlichste soziale Projekte, hauptsächlich im Bereich der Altenpflege aber auch im Bildungs- und Forschungsbereich von dem verwalteten Geld gefördert werden. Auf Eckmüllers Homepage wird „behauptet[t] dass beim Verwaltungsgericht kein Prozess gegen die Claims gewonnen werden darf.“ Einer Erklärung der CJMCAAG vom 14. Mai 2008 ist jedoch die erschreckend geringe Zahl von gerade Mal 14 Prozent gewonnener Fälle im Bereich der Immobilien- und Geschäftsrückerstattung zu entnehmen. Demnach sind bis zu diesem Datum 121.106 Ansprüche vor deutschen Behörden gestellt worden, von denen 12.082 zu Gunsten der CJMCAAG entschieden wurden. Eckmüller geht es jedoch nicht um die Vermittlung von Fakten, sondern lediglich um die Plausibilisierung ihrer antisemitischen Positionen.

Einmal deutsche Opferrolle vorwärts, bitte! Eckmüller betrachtet die seit den 1950er Jahren für Westdeutschland und seit den 1990er Jahren für die wiedervereinigte BRD geltenden Widergutmachungsgesetze als „eine Unverschämtheit unserer Bevölkerung gegenüber, die davon betroffen sind.[...] Hier wird begangenes Unrecht mit neuem Unrecht versucht, Widergutmachung zu üben.“ (Fehler im Original) Nur Menschen, die sich niemals wirklich mit dem Nationalsozialismus und der millionenfachen Vernichtung

der Jüd_innen beschäftigt haben, können in dieser relativierenden Form von „Unrecht“ sprechen. Vielmehr muss von einer schrittweisen Entrechtung und Entmenschlichung von Jüdinnen und Juden gesprochen werden, die es der deutschen Bevölkerung ermöglichte, sich einerseits auf der Seite des Gesetzes zu wähnen und andererseits an der Shoa mitzuwirken. Eckmüller vollzieht in der zitierten Passage die für Antisemit_innen nach 1945 populärste Argumentationsstrategie: die Täter-Opfer Umkehr. Danach sind heute die Deutschen, nicht selten aber auch die Palästinenser_innen, Opfer von Jüdinnen und Juden, die aufgrund von Auschwitz, so die Logik, eine rücksichtslose Politik der Aneignung und Unterdrückung praktizieren können und so zu den „Tätern“ der Gegenwart würden.

Eckmüller schreibt inzwischen auf ihrer Seite, dass sie weiteren „Betroffenen“ helfen und mit Hilfe eines neugegründeten Vereins ihre Arbeit gegen der CJM-CAG professionalisieren wollte. Das scheint allerdings bis heute noch nicht verwirklicht worden sein. Die Intervention der EAG gegen Eckmüller und ihr Projekt - ein breit gestreuter Artikel und ein Großplakat vor dem Haus - wurde von vielen Anwohner_innen mit Interesse aufgenommen. Allerdings erreichten uns auch Beschimpfungen und Unterstützermails für Eckmüller. Diese sieht sich auf der richtigen Seite. Dass Neonazis sie nicht unterstützen würden, sei ein Zeichen dafür, dass sie nicht antisemitisch sein könne.

*Emanzipative & Antifascistische Gruppe [EAG],
Oktober 2009*

Antifa Infoblatt #84
Das Antifascistische INFO-Blatt ist eine bundesweite Zeitung aus Berlin und berichtet beständig über Entwicklungen der extremen Rechten und antifascistische Aktivitäten.

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.
Preis für ein Einzelheft: 3,10 Euro,
im Ausland 4,10 Euro.

Kontakt
Antifascistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
www.nadir.org/nadir/periodika/aib/
aib@mail.nadir.org



Unter aller Augen

Joel König schreibt in Aufzeichnung über seine illegale Zeit im Hansa-Viertel:

„Die Levetzow-Synagoge lag an einer stark belebten Straßenkreuzung gerade neben dem Postamt NW 87. Bei aller geschäftigen Eile konnte den Berlinern nicht entgehen, dass sich die Berliner Juden, jung und alt, in das Gotteshaus schleppten, beladen mit Rucksäcken und Handgepäck. Als ich mich später aus meinem Versteck herauswagte, sah ich mit eigenen Augen, daß sie [die Berliner] es sahen.“

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Mitte und Tiergarten, Berlin 1999, S. 316

Gerhard Bunge berichtet 1991 im Tagesspiegel:

“(…) daß der Deportationsvorgang von Berlinern jüdischen Glaubens keineswegs von absoluter Geheimhaltung umgeben war.

Ich wohnte 1941 in der Jagowstraße und besuchte die Volksschule in der Levetzowstraße. Unauslöschlich wurde dem damals siebenjährigen Jungen die Demütigung ärmlich gekleideter Menschen ins Gedächtnis gebrannt. Mehrmals konnte ich nämlich auf dem Schulweg beobachten, wie braun uniformierte Männer diese Mitbürger mit Fußtritten und Gewehrkolbenstößen aus der Synagoge über die Straße auf Lastwagen trieben ...”

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Mitte und Tiergarten, Berlin 1999, S. 316

Siegmond Weitlinger, damals beim Vorstand der Jüdischen Gemeinde aktiv, erinnert sich 1954:

“Technisch erfolgten anfänglich die Abtransporte in der Weise, dass die Jüdische Gemeinde auf Anfordern der Gestapo zu den einzelnen Transporten eine aufgegebene Anzahl von Menschen zusammenstellen mußte. ...

Die Transporte umfaßten immer 1.000 bis 2.000 Personen, welche sich meist in den späten Abendstunden bereithalten mußten und von Glaubensgenossen aus den Wohnungen abgeholt und zum Sammelplatz geleitet wurden. Dieser war in der letzten Zeit die Synagoge in der Levetzowstraße. Dort saß ich mit einem Stab von Mitarbeitern die ganze Nacht, um Vermögensverzeichnisse aufzunehmen und die Listen zu führen. Nie werde ich die Nächte vergessen, die ich dort verbringen mußte. Herzerreißende Szenen spielten sich ab. Stets kam es zu Selbstmorden oder Versuchen hierzu.“

Siegmond Weitlinger rettete sich nach Auflösung der Jüdischen Gemeinde (Februar 1943) in den Untergrund.

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Mitte und Tiergarten, Berlin 1999, S. 315

Berichte zum Sammellager Levetzowstraße:
Margot Wolf (*1921) berichtet 1992:

“Eines Tages erfuhr ich durch meine Mutter, daß meine Eltern und mein Bruder auf einer ‚Transportliste‘ standen. Aus Liebe zu ihnen meldete ich mich freiwillig dazu – unwissend, daß es ein Todestransport war. Heute weiß ich, daß es sich um den 20. ‚Ost-Transport‘ handelte; er ging in Richtung Reval ab. Etwa 800 Menschen zählten dazu. Es war Ende September, Anfang Oktober 1942. Wir kamen zunächst in die Levetzowstraße ins ‚Sammellager‘. (...) Es ging an langen Tischen vorbei. Dort mußte man Ausweise, Lebensmittelmarken und anderes Wichtiges und Wertvolles abgeben. Danach wurden wir auf verschiedene Räume und Ecken der ehemaligen Synagoge aufgeteilt. (...)

SS in schwarzer Uniform lief herum. Es war eine grauenvolle Atmosphäre. Leise diskutierte ich mit meinem Bruder darüber, ob es später auf dem Transport eine Möglichkeit zur Flucht gab. (Er setzte es dann erfolgreich in die Tat um, wurde aber zuletzt doch noch ermordet.)

Oben (...) auf der Empore (...) sah man die kleinen Fenster der Synagoge. Ein junges Ehepaar kletterte heimlich hinauf und stürzte sich in den Tod.

Eines Tages wurde aus der Transportliste die Namen von etwa 40 Personen gestrichen. Es geschah auf Bitten von Fabriken und Werkstätten. In meinem Fall hatte Werkmeister Daene in der Berliner Gestapozentrale Burgstraße um mich gekämpft. So kam ich aus der Levetzowstraße frei, konnte aber am nächsten Tag noch einmal dorthin, um mein Gepäck abzuholen. Wie durch eine glückliche Fügung vermochte ich meinen Vater ein letztes Mal sehen. Er wurde gerade rausgeführt. Dabei umarmte ich ihn blitzschnell, um zu erfahren, ob er gerade geschlagen worden war.

Vater sagte die Worte „mein Kind, mein Kind“; dann wurden wir für immer getrennt.“

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Mitte und Tiergarten, Berlin 1999, S. 314

Bericht von Herta Pineas über die Zustände auf den Berliner Deportationsbahnhöfen 1942.

Herta Pineas mußte als Helferin der Jüdischen Gemeinde von 1941 bis 1943 an der Versorgung der Deportationsopfer mitwirken. Sie war für die letzte Verpflegung auf dem Bahnhof zuständig. Sie überlebte in der Illegalität und wanderte 1945 in die USA aus.

“Wenn es eine ungehetzte Minute gab, erzählten die Transportler, was sie im Sammellager hinter sich hatten. Ich wußte es auch durch eine Freundin, die Ordnerin im Sammellager Levetzowstraße war. (...) Ich sah auch den Abtransport der jüdischen Gemeindeangestellten, (...) die moralische Größe dieser Menschen war überwältigend. Die anderen Transportler aber waren schon durch das Sammellager stigmatisiert, verstört, heruntergekommen, überanstrengt, manche irgendwie befreit, daß es weiterging, die wenigsten klar über ihr Schicksal. (...) Menschen kamen auf Bahnen in den Zug. Einen Beingelähmten (Vorsitzender der jüdischen Körperbehinderten) sah ich auf den Schultern seines alten Vaters. Fußritze der Gestapo von hinten und Drohungen wegen versteckten und mitgenommenen Geldes gab es dauernd (...). Abschiedszettel durften wir bei Todesstrafe nicht annehmen, denn sie konnten über die Vorgänge in den Sammellagern unterrichten.

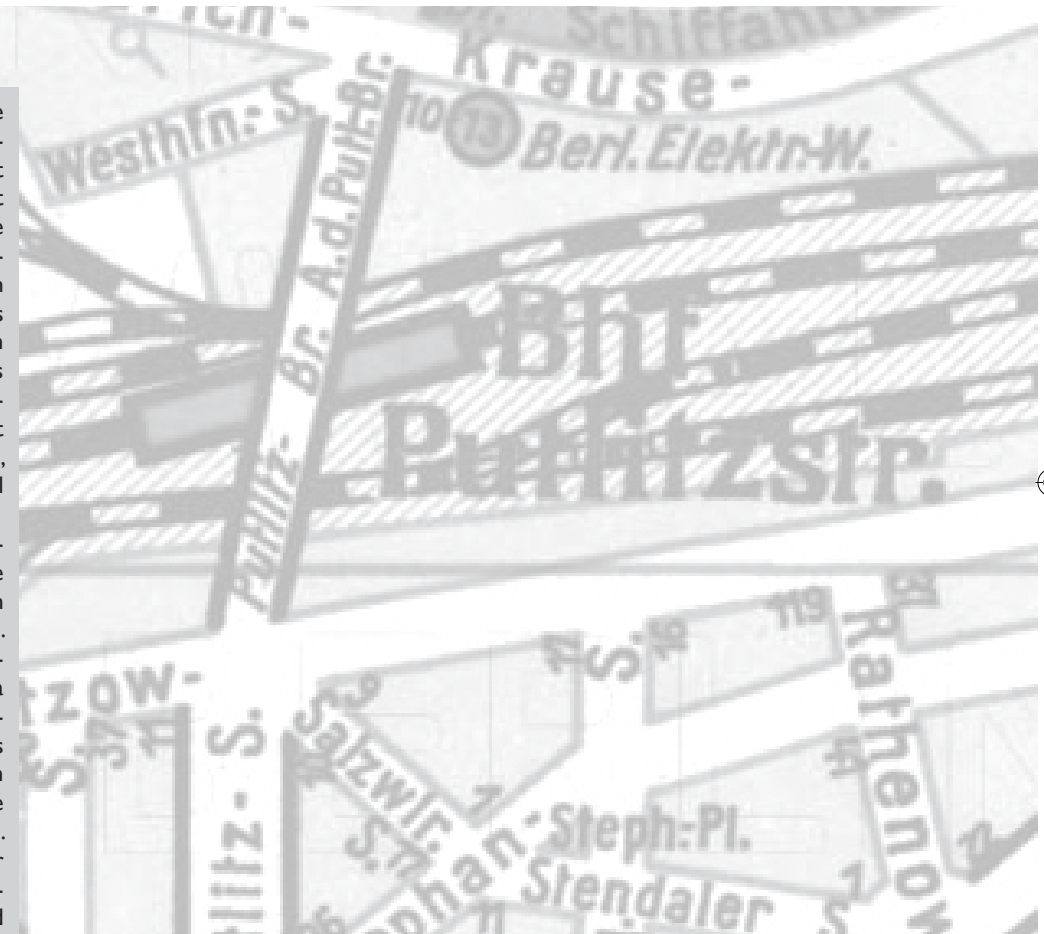
Jeder Transport bekam einen jüdischen Transportarzt. Einen mir bekannten Arzt sprach ich (...). Er hatte aus seiner Wohnung einen kleinen Kasten mit Instrumenten und Medikamenten bekommen, (...) er war Neurologe. Wie hätte er

helfen können, wo doch schon am Bahnsteig die Medikamente fehlten, wenn einer vor Erschöpfung umfiel, wo doch die Züge vor der Abfahrt plombiert wurden und kein Fenster geöffnet werden durfte. (...) Schon an der Bahn fehlte die Verpflegung für die Kleinsten. (...) Da hielten die Kinder die Puppen im Arm und freuten sich, den Großen nachzureisen, die schon voraus „abgereist“ waren. Da lag ein Säugling im offenen Pappkoffer (...). Da quollen die Kinder nur so aus den geschlossenen Möbelwagen, in die sie eingepfercht vom Sammellager zur Bahn transportiert wurden. Mit welchem Neid blickten die Armen, wenn der Zug sich in Bewegung setzte, jedesmal auf uns, die wir zurückblieben!

Die Umwohner der Putlitzstraße beobachteten in Massen von der Brücke aus, die über die Gleise ging, wie diese Transporte zur Bahn kamen und vom ungedeckten Bahnsteig aus abgingen. Wenn wir nach Abfahrt des Zuges zurückkamen, standen diese Zuschauer noch immer da – sollten sie nichts von den Dingen gewußt haben? Und wenn ich es im Sommer 1942 bereits gewußt habe, (...) sollen es die uns umgebenen „Arier“ nicht gewußt haben? Nicht alle, aber die Mehrzahl muß von den Gräueln gewußt haben. Ich selbst sah doch von meiner Wohnung in der Levetzowstraße aus, die nicht weit vom Synagogen-Sammellager lag, die Wohnungsinhaber und Ladenbesitzer vor die Tür treten und ausführlich das Einladen der Juden in die Möbelwagen beobachten

Ehrmann, Annegret (u.a.): Die Grunewald-Rampe. Die Deportation der Berliner Juden, Berlin 1993, S. 97

Die Deportationen vom Bahnhof Putlitzstraße



Versteckt in der Waldstr. 6

Werner Foß (*1928) erinnert sich 1993:

“Von Dezember 1942 bis Kriegsende nahm uns Fräulein von Schell, die eine persönliche Bekannte meines Vaters war, in ihrer Ein-Zimmer-Wohnung mit Küche in Moabit, Waldstraße 6, auf. Sie gab uns das große Zimmer, während ihr nur die Küche verblieb. Zeitweise verbargen sich auch Verwandte von uns dort, so daß manchmal acht bis neun Untergetauchte in der kleinen Wohnung versteckt waren. Das einzigartige aber an der Sache war wohl, daß mehrere NS-Parteigenossen aus dem Haus von unserem Aufenthalt Kenntnis gehabt haben mußten!

Was uns das Leben rettete war wohl der furchtbare Bombenkrieg, der unzählige Menschen obdachlos machte, sowie die Anonymität der Millionenstadt, die nicht so leicht zu kontrollieren war wie ein Dorf oder ein Kleinstadt. (...) Sehr gefährlich war dagegen Stella Kübler, die besonders in Moabit und im Hansa-Viertel als jüdischer Spitzel der Gestapo ihr Unwesen trieb, indem sie untergetauchte Juden aufspürte”.

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Mitte und Tiergarten, Berlin 1999, S. 335 ff

Harry Foß (1933-1996), Werner Foß' Bruder, beurteilt 1993 die Motive der Beschützer:

“Unabhängig von der starken Sympathie, die Helene von Schell für meinen Vater aufbrachte, war sie auch mutig in ihrem ganzen Wesen. Ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl paarte sich bei ihr mit persönlicher Furchtlosigkeit. Da sie recht impulsiv sein konnte, lief das enge Zusammenleben manchmal nicht ohne Spannungen ab.

Die Situation war auch dadurch sehr ernst, da unsere Wohnung einen gemeinsamen Korridor (einschl. Toilette) mit der Wohnung des NS-Blockwartes Seeliger hatte. Dessen Ehefrau wußte über uns Bescheid. Aber ihm gingen wir möglichst aus dem Weg, denn er war überzeugter PG [Parteigenosse, also ein überzeugter Nazi; Anmerk. d. Verf.]. Zu unserem Glück kam er als Borsig-Schlosser erst spät nach Hause. Frau Seeliger machte ihrem Mann wohl gewisse allgemeine Andeutungen, aber er glaubte anscheinend nicht daran, daß Hitler die Juden ermorden ließ.

Frau Seeliger, die auch die Lebensmittelkartenverteilung vornahm, steckte meiner Mutter wiederholt heimlich etwas zu. Auch andere Hausbewohner, wie das Ehepaar Mühlpford (...), überließen meiner Mutter Brotmarken”.

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Mitte und Tiergarten, Berlin 1999, S. 337 ff

Dr. Georg Groscurth und die „Europäische Union“

Dr. Georg Groscurth war Dezember 1934 als Assistenzarzt in die I. Innere Abteilung des Krankenhauses Moabit gekommen. Zuvor war Groscurth Mitarbeiter am Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlem (heute Max-Planck-Institut), wo er Robert Havemann kennenlernte. Beide wurden 1933 wegen Verdachts „kommunistischer Neigungen“ entlassen.

Das Labor der I. Inneren Abteilung wurde der Treffpunkt der Nazigegner am Krankenhaus. In der Neurologischen Abteilung gab es eine ähnliche Runde, die sich „antifaschistischer Vertrauenskreis“ nannte. 1939 wurde Groscurth Oberarzt der I. Inneren Abteilung. Zu seinen Privatpatienten gehörten auch führende Nazis. So bekam Groscurth wichtige Informationen für seine Widerstandsarbeit. In diesen Jahren entstand die „Europäische Union“ um Groscurth, Havemann, Rentsch und Richter-Luckian. Die Gruppe versteckte Juden und Jüdinnen und politisch Verfolgte in sicheren Wohnungen, besorgte ihnen Nahrungsmittel und falsche Papiere und schleuste sie, wenn möglich, ins Ausland. 1943 wurde beschlossen die bisher lockeren Verbindungen zu den illegalen Gruppen, die es in den Zwangsarbeiterlagern gab, zu vertiefen. Aber am 4. September 1943 wurden Groscurth und seine Frau verhaftet. Einen Tag später wurden Havemann, Rentsch und Richter-Luckian sowie viele andere aus dem Umfeld der Gruppe verhaftet. Dezember 1943 kam es zum Prozeß. Die vier Angeklagten wurden als „dekadente Intellektualisten“ „für immer ehrlos“ mit dem Tode bestraft. Havemann erhielt ein Labor im Zuchthaus, wo er „kriegswichtige Forschung“ weiterführen durfte, alle anderen wurden 1944 hingerichtet.

Nach 1945 bildete sich ein antifaschistischer „Georg-Groscurth-Ausschuß“ der am Eingangsbauwerk der Klinik eine Gedenktafel anbringen wollte, aber mit Beginn des Kalten Krieges kam die Ehrung kommunistischer Widerstandskämpfer nicht mehr in Betracht. Im Gegenteil - Anneliese Groscurth, die sich gegen Wiederaufrüstung engagierte, wurde wegen „kommunistischer Betätigung“ ihres Postens im Charlottenburger Gesundheitsamt enthoben.

Erst seit 1995 ist am Eingang des Moabiter Krankenhauses eine Gedenktafel befestigt.

Aus der 9. November Zeitung 1997 (gekürzt)

Widerstand im Krankenhaus Moabit

Verfolgung von jüdischen ÄrztInnen

Am 7. April 1933 erließ die Reichsregierung das „Gesetz zur Wiederherstellung der Berufsbeamtentums“, wonach „nichtarische und politisch unzuverlässige Beamte“ aus dem Beruf zu entfernen waren.

In Moabit waren die Nazis schon schneller gewesen. Da rund 70 Prozent der Ärzte jüdischen Glaubens waren und zehn Prozent des Pflegepersonals gewerkschaftlich organisiert, galt das Krankenhaus Moabit als „rot und jüdisch“. So titelte die Zeitung „Völkischer Beobachter“ am 21. März 1933 „Jüdische Ärzte beurlaubt, Stadtmedizinalrat Pg. Dr. Klein räumt im Krankenhaus Moabit auf.“ Weiter hieß es, die Ärzte seien „mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden“ und Mitarbeitern, die „entweder Juden bzw. Ausländer oder Angehörige der marxistischen Parteien sind“, sei „das Betreten des Krankenhauses verboten worden“. Nach vier Tagen folgten die Schreiben, in denen den jüdischen Ärzten „vorsorglich zum 30. September 1933“ gekündigt wurde. Doch das Datum war nur ein Schein. Am 1. April verschleppte der SA-Sturm 33 nach vorgefertigten Listen der Krankenhausverwaltung einige Ärzte in ein „wildes“ Konzentrationslager in der General-Pape-Straße. Die Entlassung von älteren Ärzten und anderen Beschäftigten erfolgte schubweise. Die Krankenhausverwaltung meldete dem Bezirksamt am 7. Oktober die erfolgreiche „Säuberung“: 89 Mitarbeiter waren bereits entlassen worden, acht weitere sollten noch folgen.

Seit 1995 ist am Eingang des Moabiter Krankenhauses eine Gedenktafel befestigt.

AIM

Es hat sich anscheinend noch nicht allzu weit herumgesprochen – seit Anfang Oktober sind über 20.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien von Abschiebung in den Kosovo bedroht. Die meisten von ihnen sind Roma., die oft schon seit vielen Jahren hier leben. Langsam regt sich Protest und Widerstand gegen die unmenschlichen Pläne der Bundesregierung und der Innenminister/innen der Bundesländer. Bis auf wenige Ausnahmen lässt es bis jetzt auch die deutsche Linke an Unterstützungsaktionen und Solidarität fehlen. An den Aktionstagen gegen die drohenden Abschiebungen unter dem Motto „BORN TO BE DEPORTATED - ES IST FÜNFVOR ZWÖLF!“ vom 2. – 4. Oktober 2009 am Potsdamer Platz beteiligten sich nur wenige Dutzend UnterstützerInnen.

Wir dokumentieren im Anhang zwei Äußerungen Berliner antifaschistischer Gruppen, der Jugend-Antifa-Berlin und der Berliner VVN-BdA e.V.

BORN TO BE DEPORTED – FÜNF VOR ZWÖLF!!

Unter diesem Motto hatte das „Berliner Bündnis gegen Abschiebungen von Roma“ anlässlich des Tags des Flüchtlings für den 2.- 4. Oktober zusammen mit anti-rassistischen und Menschenrechtsgruppen, RomavertreterInnen, Flüchtlingsräten aus dem ganzen Bundesgebiet dazu aufgerufen, am Potsdamer Platz in Berlin gegen drohenden Deportationen von bis zu 22.000 Roma in den Kosovo zu protestieren.

Auch die Berliner VVN-BdA hatte sich mit einer Presse-Erklärung „Keine Abschiebung von Roma-Flüchtlings in den Kosovo“ mit den bedrohten Roma solidarisiert und forderte die Bundesregierung und die Innenminister der Länder auf, die historische Verantwortung für die Verfolgung und Vernichtung der Roma anzuerkennen und handeln: Bedingungsloser Schutz für Sinti und Roma. Für ein sicheres Aufenthaltsrecht auch für Roma! Keine Abschiebung von Roma in den Kosovo!

Denn pünktlich nach den Bundestagswahlen wollen die Innenminister der Bundesländer langjährig geduldete Romafamilien, die in den letzten 15 Jahren nach dem Kosovo-Krieg Schutz vor Verfolgung in Deutschland gesucht haben, in den Kosovo abschieben. Bisher waren sie auf Grund der unzumutbaren Sicherheitslage im

Kosovo vor einer Abschiebung geschützt. Nun hat sich die neue kosovarische Regierung nach politischem Druck aus Deutschland und anderen europäischen Staaten zu einem „Rücknahme-Abkommen“ bereit erklärt, das auch Roma-Flüchtlinge einschließt. Vor und während des Kosovokrieges kam es zu pogromartigen Ausschreitungen gegen Roma: Ihre Häuser wurden geplündert, gebrandschatzt und niedrigerissen, ganze Stadtteile zerstört. Zehntausende Roma und andere „Minderheiten“, so auch die meisten Juden und Jüdinnen, wurden vertrieben. Für die wenigen verbliebenen Roma liegt die Arbeitslosigkeit bei über 90 Prozent. Im März 2004 wurden nach Pogromen erneut mehrere Tausend Roma zur Flucht gezwungen. Bis heute werden Roma im Kosovo ausgegrenzt und diskriminiert. Erst vor wenigen Wochen kam es im Osten Kosovos erneut zu Ausschreitungen, bei denen mehrere Roma verletzt wurden.

Die Aktionstage wurden am 2.10. von der Roma-Band Fanfare Kalashnikov eröffnet, die eine tolle Stimmung aufkommen ließ. Es wurde eine sehenswerte kleine Ausstellung über die mediale antiziganistische Hetze in Berlin am Beispiel einer Gruppe rumänischer Roma, die im Frühsommer zum Spielball der Berliner Behörden geworden war, gezeigt. Das Rroma Aetherclub Theater aus Neukölln bekam viel Beifall für seine szenische Lesung. Ulla Jelpke, MdB

DIE LINKE, und Christian Ströbele, MdB B90/Grüne versprachen, sich für ein Bleiberecht einzusetzen. Auch Roma aus Niedersachsen waren angereist, um die Kundgebungen zu unterstützen.

Am 4.10. nahmen 40 von Abschiebung bedrohte Jugendliche, die an einem bundesweiten Jugendnetzwerkstreffen von Sinti und Roma in Berlin teilgenommen hatten, an der Kundgebung teil. Eine geplante Demo vom Potsdamer Platz zum Sinti- und Roma-Mahmal am Brandenburger Tor fiel jedoch den Einheitsfeierlichkeiten auf der geplanten Route zum Opfer – sie wurde von der Polizei nicht genehmigt.

Die Beteiligung von UnterstützerInnen an den Aktionstagen indes war äußerst mager: Nur wenige BerlinerInnen verirrten sich an den Potsdamer Platz, das muss sich ändern! Roma und Roma-UnterstützerInnen haben weitere Aktionen angekündigt. Wir sollten uns zahlreich daran beteiligen.

An dieser Stelle wollen wir uns auch noch ganz herzlich bei der VVN-BdA Niedersachsen bedanken – ihr Flugblatt war uns Ansporn und Inspiration.

Berliner VVN-BdA e.V.

Verhindern wir die Abschiebung von Roma!

Aktuell sind ca. 24.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo akut von der Abschiebung durch den deutschen Staat bedroht. Darunter befinden sich mindestens 10.000 Roma. [...] Viele von der Abschiebung bedrohte Roma leben seit 10 oder 15 Jahren in Deutschland. Die meisten sind in Folge des NATO-Krieges gegen Jugoslawien/Serbien 1999 unter Beteiligung Deutschlands aus dem Kosovo geflohen, der zur Besetzung des Kosovo durch NATO-Truppen - darunter auch 4.000-5.000 Bundeswehrsoldaten - geführt hat. Im Verlauf und nach dem Krieg wurden die Roma unter den Augen der KFOR-Truppen aus dem Kosovo vertrieben. Auch in den letzten zehn Jahren kam es immer wieder zu pogromartigen Überfällen und Vertreibungen von Roma. [...]

Auch heute herrscht im Kosovo von Seiten der albanischen Regierung und der albanischen Bevölkerungsmehrheit eine extrem romafeindliche Atmosphäre, die immer wieder zu Pogromen und Überfällen auf Roma führt. [...] Die jetzt vom deutschen Staat geplante Massenabschiebung der Roma bedeutet daher ihre Abschiebung in Hunger, Elend und Tod.

Deutschland - die „romafeindlichste Regierung in Europa“

Rudko Kwazynski, der Vorsitzende des Europäischen Roma-Forums in Straßburg, bezeichnete die deutsche Regierung aufgrund dieser rücksichtslosen Abschiebepolitik des deutschen Staates als die „romafeindlichste Regierung in Europa“ (taz, 16.9.09).

Den Hintergrund dieser Einschätzung des deutschen Staates durch Rudko Kwazynski bildet vor allem auch das Auftreten des deutschen Staates auf europäischer Ebene zur Durchsetzung seiner Pläne zur Massenabschiebung der Roma in den Kosovo. So hatte die deutsche Delegation bei der Konferenz des Europarates in Sevilla im Mai 2009 „von vornherein klargemacht, dass sie sich auf gar keinen Fall das Abschieberecht (I) streitig machen lassen wird“ (taz, 16.9.09) und damit auch andere EU-Staaten wie Schweden und Österreich zur Abschiebung von Roma bewegt.

Lebensbedrohliche Abschiebeabkommen

Dabei steht das jetzt mit der neuen Kosovoregierung vereinbarte Abschiebeabkommen in einer Reihe mit anderen vom deutschen

Staat seit Anfang der 1990er vereinbarten Abschiebeabkommen zur Massenabschiebung von Roma aus Deutschland. [...]

1996 vereinbarte die Bundesregierung dann mit der damaligen Milosevic-Regierung in Jugoslawien die Massenabschiebung zehntausender Roma nach Jugoslawien, die aufgrund der Vertreibungen und Verfolgungen infolge der Kriege zur Aufspaltung Jugoslawiens geflohen waren. Während des Krieges der NATO unter Beteiligung Deutschlands gegen Jugoslawien/Serbien 1999 setzte die Bundesregierung dieses Abschiebeabkommen für kurze Zeit aus, um es dann 2001 nach der Besetzung des Kosovo mit der neuen serbischen Regierung wieder in Kraft zu setzen. [...]

Die ungebrochene Tradition des Antiziganismus in Deutschland

Die lange Geschichte der Abschiebung und Verfolgung der Sinti und Roma in Deutschland: Das ganze Ausmaß und die Skrupellosigkeit des Abschiebeterrors und der romafeindlichen Politik des deutschen Staates werden nur verständlich vor dem Hintergrund der langen Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma in Deutschland.

Schon im Mittelalter als vogelfrei erklärt und damit ungestraft ermordet, wurden die Sinti und Roma mit der Gründung des deutschen Reiches 1871 in der großen Mehrzahl nicht als deutsche Staatsbürger anerkannt sondern verfolgt, gesondert erfasst, zu Staatenlosen erklärt und massenhaft aus Deutschland abgeschoben. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten wurde auch in der Weimarer Republik die polizeiliche Verfolgung unvermindert fortgesetzt. Die zentrale Sondererfassung in sogenannten „Zigeunerkarteien“ wurde seit 1899 systematisch aufgebaut und wird bis heute fortgesetzt.

Der Völkermord der Nazifaschisten an den Sinti und Roma:

Mit der Machtübergabe an die Nazifaschisten 1933 erhielt die Verfolgung und Aussonderung der Sinti und Roma eine neue Dimension. Im März 1934 forcierten die Nazifaschisten mit dem „Gesetz über die Reichsverweisung“ den Abschiebeterror gegen Sinti und Roma enorm. Der Terror der Nazifaschisten gegen die Sinti und Roma von Zwangsterilisation, pseudomedizinischen Versuchen,

Sklavenarbeit und Deportation in die KZs und Vernichtungslager - unterstützt oder zumindest stillschweigend geduldet von der großen Mehrheit der deutschen Mehrheitsbevölkerung - gipfelte im Nazi-völkermord an schätzungsweise einer halben Million Sinti und Roma Europas.

Nach 1945 - statt Entschädigung fortgesetzte polizeiliche Verfolgungen:

Auch nach 1945 konnte die deutsche Polizei ihren Terror gegen die überlebenden Sinti und Roma nahtlos fortsetzen. Die Nazitäter konnten meist ungestraft ihre romafeindliche Politik weiterführen. Die polizeiliche Sondererfassung und Schikanierungen der Sinti und Roma in sogenannten „Zigeunerkarteien“ existiert bis heute. Entschädigungen konnten die deutschen Sinti und Roma erst nach einem langen Kampf für einzelne Verfolgte durchsetzen und dann in einer solch beschämend geringen Höhe, die diesen Namen nicht verdient. Die osteuropäischen Roma in den von Nazideutschland überfallenen Ländern sind bis heute weitestgehend von jeglicher Entschädigung ausgeschlossen geblieben.

Heute wird in Deutschland kaum eine Minderheit von den bürgerlichen Medien und Politikern so verhetzend dargestellt und diskriminiert wie die Sinti und Roma. [...]. Der Antiziganismus ist bis heute ein fester Bestandteil des deutschen Rassismus und des deutschen Herrenmenschen Denkens. Kampagnenartig wird er immer wieder gesteigert, wie zuletzt im Mai/Juni 2009 in Berlin gegenüber 100 Romaflüchtlingen aus Rumänien. An diesem Fall hat sich erneut gezeigt, wie staatliche Verfolgung, Diskriminierung, Polizeiterror und Medienhetze ineinander greifen. In einer antiziganistischen Hetzkampagne hatten Tageszeitungen wie Bild und BZ gegen die Romaflüchtlinge gehetzt. Die Polizei hat die Roma tagelang schikaniert. Der SPD/Linke-Senat in Berlin erhöhte den Druck und nötigte die Roma zur „freiwilligen Ausreise“

Keine Abschiebung von Roma!

Solidarität mit den Roma und gemeinsamer Kampf gegen die lebensbedrohliche Abschiebepolitik des deutschen Staates!

Kampf dem Antiziganismus!

Jugendantifa Berlin <http://jab.antifa.de>

DEUTSCHES JAHR

Berlin, Weissensee, 9. November 2008

In der Nacht zum 9. November ritzen Unbekannte insgesamt elf Hakenkreuze in die Fensterscheiben einer Gaststätte im Berliner Bezirk Weißensee. Bereits sechs Wochen zuvor waren zwei Davidsterne in die Fensterscheiben gekratzt worden.

Deutschland am und nach dem 9. November 2008

In Moers (Nordrhein-Westfalen) verwüsteten Rechtsextreme am 10. November eine Ausstellung zum Thema »Stationen des Holocaust und des Rassismus heute«. Dabei hinterließen sie auf den Stellwänden Flyer der NPD und Aufkleber mit rassistischem Inhalt auf Fenstern und Türen. Außerdem wurden 17 Foto- bzw. Texttafeln gestohlen. Der Staatsschutz ermittelt, wie die Rheinische Post meldete, wegen Diebstahls »in alle Richtungen«.

In der Nacht zum 10. November wurden in Demmin (Mecklenburg-Vorpommern) auf dem jüdischen Friedhof mehrere Gräber beschädigt. Insgesamt rissen die unbekannt Täter zehn Grabsteine um und zerstörten die am Vortag zum Gedenken an den 70. Jahrestag der Reichspogromnacht abgelegten Blumengestecke.

In Waren an der Müritz (Mecklenburg-Vorpommern) stürten am 9. November verummte Rechtsextremisten eine Gedenkfeier für die Opfer des Holocaust und der Reichspogromnacht. Bei der Verlegung so genannter Stolpersteine mit den Namen von Juden, die während des National-

sozialismus deportiert wurden, zog die Gruppe der Rechten israelfeindliche Parolen skandierend durch die Stadt. Später zertraten Unbekannte zudem die bei der Gedenkveranstaltung entzündete Mahnleuchte.

In den frühen Morgenstunden des 9. November entdeckten Passanten in einer Fußgängerunterführung am U-Bahnhof Cottbusser Platz im Berliner Stadtteil Hellersdorf mehrere Hakenkreuz-Schmierereien.

Ebenfalls in den frühen Morgenstunden des 9. November zerstörten Unbekannte in Wetter (Hessen) auf dem jüdischen Friedhof 25 Grabsteine, rissen Zäune um und sprühten rassistische Parolen. Die Polizei ermittelt wegen Sachbeschädigung und Störung der Totenruhe. Auf einem jüdischen Friedhof südlich von Holzminden (Niedersachsen) verwüsteten Unbekannte in der Nacht zum 9. November ein historisches Grab aus dem Jahr 1854. Der Grabstein wurde dabei vollständig zerstört.

Berlin, Friedrichshain, 11. November 2008

Am Abend des 11. November beschmierten Unbekannte im Berliner Stadtteil Friedrichshain eine Hauswand auf einer Fläche von 2 mal 1,5 Metern mit mehreren antisemitischen Schriftzügen, Hakenkreuzen und weiteren Hetzparolen.

Berlin, Mitte, 15. November 2008

Unbekannte beschmierten am Abend des 15. November die zentrale Gedenkstätte für die

Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in Berlin-Mitte. Zwei Polizeibeamte bemerkten am Eingang zur Neuen Wache zwei mit Farbe aufgemalte Davidsterne. D

Deutschland am 17. November 2009

In der Nacht zum 17. November hängten Unbekannte einen abgetrennten Schweinekopf an den Davidstern am Eingangstor zum jüdischen Friedhof in Gotha (Thüringen). Gleich daneben brachten sie ein Transparent mit der Aufschrift »6 Millionen Lüge« an. Zudem verwüsteten sie den Eingang des Friedhofs und warfen Gläser mit roter Farbe über das Tor. In derselben Nacht beschmierten Unbekannte die Mauer und die Gedenktafel des jüdischen Friedhofs im thüringischen Erfurt mit einer blutähnlichen Flüssigkeit. Als Reaktion auf die Anschläge in Gotha und Erfurt bildete das LKA Thüringen eine 20-köpfige Sonderkommission. Sie ermittelt wegen Störung der Totenruhe, Volksverhetzung und Sachbeschädigung.

Ebenfalls in der Nacht zum 17. November beschmierten Unbekannte die Eingangstür der Synagoge in Görlitz (Sachsen) mit einem Hakenkreuz und antisemitischen Parolen. Die Polizei geht von einem rechtsextremen Hintergrund aus.

Am 16. November entdeckten Anwohner im brandenburgischen Forst am Tor einer Gartenanlage ein antisemitisches Plakat.

Zossen bei Berlin, 20. November

Am 20. November versuchte der mehrfach

wegen der Leugnung des Holocaust verurteilte Ladenbesitzer Rainer Link, die Verlegung so genannter Stolpersteine vor seinem Geschäft in Zossen (Brandenburg) zu verhindern. Wie die Märkische Allgemeine berichtete, beschimpfte Link die Anwesenden und versuchte, die »Schuldksteine« wieder herauszureißen. Einen Mitarbeiter der Stadt verletzte er leicht. Später verdeckte Link die Stolpersteine mit einem Bierkasten und einem Aufsteller. Der Stadtverwaltung gelang es bisher nicht, das wiederholte Verbergen der Gedenksteine zu unterbinden.

Schöneiche bei Berlin, 21. November 2008

Am frühen Morgen des 21. November stellte eine Polizeistreife fest, dass Unbekannte am jüdischen Gedenkstein an der Dorfaue in Schöneiche (Brandenburg) randaliert hatten. Die Täter hatten dort niedergelegte Kränze umher geworfen und einen Blumentopf gegen den Stein geschleudert. Keine vier Wochen zuvor waren ein Davidstern und Metallbuchstaben von dem Gedenkstein abgerissen worden. Die Polizei ermittelte bisher ohne Erfolg.

Wurzen (Sachsen), 23. November 2008

In Wurzen (Sachsen) entdeckten Zeugen um den 23. November unzählige Aufkleber an den Straßenlampen der Stadt. Auf ihnen steht: »Schluss mit der Judentyrannie – Nationalsozialismus jetzt!« In der Mitte der Aufkleber in der Größe von ca. fünf mal zehn Zentimetern sieht man ein schwar-

DEUTSCHES JAHR

zes Hakenkreuz in einem weißen Kreis vor rotem Hintergrund – die Flagge der Nationalsozialisten.

Eisenhüttenstadt (Brandenburg), 23. November 2008

In der Nacht zum 23. November warfen Unbekannte vier Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) um. Einen antisemitischen Hintergrund der Tat bestätigte die Polizei bisher nicht.

Berlin, Steglitz, 2. Dezember 2008

In den frühen Morgenstunden des 2. Dezember entdeckte eine Polizeistreife die Beschädigung eines Denkmals im Berliner Stadtteil Steglitz. Unbekannte hatten die Gedenktafel für den »Berliner Antisemitismusstreik« mit schwarzer Farbe beschmiert. Die Polizei geht von einem antisemitischen Hintergrund aus.

Berlin-Mahlsdorf, 12. Dezember

Am Abend des 12. Dezember beleidigte ein 22-jähriger Mann einen 20-jährigen in einem Bus in Berlin-Mahlsdorf zunächst auf antisemitische Weise, danach schlug er ihn brutal zusammen. Der Angegriffene wurde mit Knochenbrüchen im Gesicht und einem Schädel-Hirn-Trauma ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei konnte den Täter festnehmen.

Berlin, Mitte, 3. Januar 2009

Das Wachpersonal des Denkmals für die er-

mordeten Juden Europas stellte gegen 11 Uhr 15 antisemitische Schmierereien an 12 Stelen des Denkmals in der Cora-Berliner-Straße in Mitte fest. Unbekannte hatten 40 40 cm große Hakenkreuze und antisemitische Schriftzüge auf die Stelen geschmiert. Die Entfernung wurde veranlasst.

Berlin, Tiergarten, 6. Januar 2009

Unbekannte Täter haben das jüdische Mahnmal an der Putlitzbrücke in Tiergarten beschmiert. Während einer Streifenfahrt bemerkten Polizeibeamte gegen 10 Uhr das durch Goldfarbe beschädigte Mahnmal. Ein Mitarbeiter des Bezirksamtes nahm die Beseitigung der Schmierereien vor.

Rostock (Mecklenburg-Vorpommern), 8. Januar 2009

In der Nacht auf den 8. Januar attackierten Unbekannte das jüdische Gemeindehaus in Rostock. Die Täter warfen mehrere Scheiben ein, darunter ein Fenster mit einem eingeschlifften Davidstern. Wie die Polizei meldete, habe ein Fährtenhund eine Spur noch mehrere hundert Meter weit verfolgen können.

Berlin, Spandau, 8./9. Januar 2009

Unbekannte Täter haben in der vergangenen Nacht einen Zettel mit antisemitischen Parolen an die Eingangstür eines Hauses in Spandau geheftet. Ein Anwohner fand das Papier gegen 8 Uhr an dem Haus am Lindenufer und alarmierte die Polizei. Hinweise auf die Täter gibt es bislang nicht.

Berlin, Mitte, 10. Januar 2009

Auf einer Demonstration gegen die israelische Militäroffensive im Gaza-Streifen, zu der die Palästinensische Gemeinde Berlin sowie Arabische Vereinigungen in Berlin aufgerufen hatten, wurden von Demonstrant/innen entgegen der polizeilichen Auflagen Parolen wie "Tötet alle Juden" gerufen. Am Rande der Demonstration wurde eine jüdische Beobachterin von einem Demonstranten antisemitisch beleidigt.

Berlin, Charlottenburg, 11. Januar 2009

Bei einem Fußball-Hallenturnier der Berliner Regional- und Oberliga vergangenen Sonntag sollen Anhänger des 1. FC Union Berlin wiederholt antisemitische, rassistische und schwulenfeindliche Gesänge und Parolen angestimmt haben. Ziel der verbalen Attacken sei der Fanblock von Tennis Borussia Berlin (TeBe) gewesen, sagte Kevin Kühnert von der TeBe-Fanabteilung. Tennis Borussia, 1902 in Charlottenburg gegründet, gilt als Verein mit jüdischen Wurzeln. Nach Angaben von Kühnert haben die Vertreter des Berliner Fußball-Verbandes und die anwesenden Sicherheitskräfte selbst nach Aufforderungen von Vereinsvertretern anderer Mannschaften auf die Entgleisung der Union-Fans nicht reagiert. Dazu hätten Gesänge wie "Alle Juden sind Schweine" und "Asylanten" gehört.

Berlin, Charlottenburg, 11. Januar 2009

Im Anschluss an eine Kundgebung anlässlich des Gaza-Krieges wurde ein 24-jähriger Student, der

mit anderen Demonstrant/innen gegen die Angriffe der Hamas protestiert hatte, von jungen Männern beleidigt und bedroht. Nach Angaben des Geschädigten trugen die Angreifer Hamas-Tücher und versuchten ihm am Zoo die israelische Flagge zu entreißen und schubsten und bedrängten ihn. Die 15 bis 20 Angreifer seien dann mit in die U-Bahn gestiegen, hätten antisemitische Parolen gebrüllt und ihn gefragt, ob er „noch ein letztes Mal telefonieren“ wolle. Ein älteres Ehepaar habe ihn dann vor den Angreifern abgeschirmt, so dass er die Polizei anrufen konnte. Die versprach, in Steglitz an der U-Bahn zu sein. Als die Angreifer das mitbekamen, verließen sie an der Berliner Straße die Bahn, nicht ohne ihrem Opfer noch einen Faustschlag ins Gesicht zu versetzen. Die Eheleute fuhren mit nach Steglitz, um als Zeugen auszusagen, aber am Zug war keine Polizei. Als der Student den Vorfall später anzeigte, hieß es, die Polizisten hätten am Ausgang auf ihn gewartet.

Berlin, Mitte, 13. Januar 2009

Bei einem Zwischenfall vor der Synagoge in der Oranienburger Straße in Mitte sind zwei Polizei-angestellte verletzt worden. Nach bisherigen Erkenntnissen griff ein 35-jähriger Tempelhofer gegen 9 Uhr 30 einen 54-jährigen Objektschützer auf dem Fußweg vor dem Gotteshaus an. Dabei schlug der Täter den Angestellten mit einer Eisenstange und verletzte ihn am Arm. Kollegen des Angegriffenen überwältigten den Schläger. (...) Die Hintergründe des Vorfalls sind noch nicht abschließend

DEUTSCHES JAHR

geklärt. Offenbar wollte der staatenlose Mann, der aber nach eigenen Angaben Palästinenser ist, an der Synagoge seinen Unmut über das Vorgehen Israels im Gazastreifen zum Ausdruck bringen.

Aachen (Nordrhein-Westfalen), 22. Januar 2009

In der Nacht zum 22. Januar sprühten Unbekannte auf die Türen und Fenster einer Schule in Aachen (Nordrhein-Westfalen) Hakenkreuze und antisemitische Parolen.

Berlin, Niederschönhausen, 2. Februar 2009

Unbekannte Täter haben ein Denkmal im Panower Ortsteil Niederschönhausen geschändet. Passanten entdeckten am Montag antisemitische Schmierereien an einer Stele für den 1943 ermordeten tschechischen Schriftsteller, Journalisten und kommunistischen Kulturpolitiker Julius Fucik in der Heinrich-Mann-Straße, wie ein Polizeisprecher am Dienstag mitteilte.

Berlin, Karlshorst, 11. Februar 2009

In der Nähe des S-Bhf Karlshorst wurden mehrere Aufkleber der JN (u.a. „Kampf dem Kapital“ & „Keine Solidarität mit Israel“) gefunden und entfernt.

In Frankfurt (Hessen), 11. Februar 2009

In Frankfurt (Hessen) kam es während eines A-Jugend-Fußballspiels von Makkabi Frankfurt gegen den SV Zeilsheim am 11. Februar zu antisemitischen Beschimpfungen. Wie die FAZ berichtet,

beleidigten die Anhänger des SV Zeilsheim die Makkabi-Spieler als »Kindermörder« und »Besatzer«.

Marienborn (Sachsen-Anhalt), 20. Februar 2009

Unbekannte sprühten am 20. Februar den Schriftzug »Je größer die Lüge, desto mehr Menschen glauben sie!« an eine Wand in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Einen Tag zuvor war dort die Wechselausstellung »Anne Frank und die DDR – Politische Deutungen – persönliche Lesarten« eröffnet worden.

Berlin, Lichtenberg-Falkenberg, 5. März 2009

In den Bushaltestellen vor der Barnim-Oberschule wurden mehrere Schmierereien (”Juden raus”, ”SS”, ”Sieg Heil” und Hakenkreuze) entdeckt und entfernt.

Prenzlau (Brandenburg), 1. März 2009

Unbekannte beschmierten am 1. März eine Gedenktafel für die jüdische Gemeinde in Prenzlau mit »fremdenfeindlichen Parolen«. Die Polizei ermittelt wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Waren (Mecklenburg-Vorpommern), 3. März 2009

Am 3. März beschmierten Unbekannte in Waren einen Gedenkstein für die ehemalige Synagoge mit einem Hakenkreuz und dem Schriftzug »ANWS« in roter Farbe, was nach einem Mitarbeiter der Opferberatung Lobbi auf die »Autonomen Nati-

onalisten« hindeute. Dies berichtete der Nordkurier.

Storkow (Brandenburg) bei Berlin, 17. März

Am 17. März beschädigten Unbekannte das Eingangstor des jüdischen Friedhofs in Storkow.

Berlin, Wilmersdorf, 11. April 2009

Unbekannte beleidigten in Wilmersdorf zwei Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Die beiden 17- und 20-Jährigen, die äußerlich als Menschen jüdischen Glaubens erkennbar waren, wurden gegen 19 Uhr 45 von Unbekannten in der Konstanzer Straße antisemitisch beleidigt. Anschließend flüchtete die Gruppe. Die jungen Männer blieben unverletzt.

Waren (Mecklenburg-Vorpommern), 17. April 2009

Am 17. April beschmierten Unbekannte die so genannten Stolpersteine auf dem Markt in Waren mit Säure. Auf den vier Steinen sind die Namen der Mitglieder der von den Nationalsozialisten ermordeten jüdischen Familie Rosenberg eingraviert. Die Stolpersteine waren bereits im März mit brauner Farbe beschmiert worden.

Berlin, Weißensee, 24. April 2009

Objektschützer der Berliner Polizei entdeckten gegen 3 Uhr 45 an der Mauer des jüdischen Friedhofs in der Indira-Gandhi-Straße in Weißensee einen zirka vier Meter langen Schriftzug.

Dessau (Sachsen-Anhalt) 28. April 2009

Unbekannte besprühten am Abend des 28. April das Gebäude der Jüdischen Gemeinde in Dessau mit einem großen roten Hakenkreuz. Die Schmiererei wurde am nächsten Morgen von Mitarbeitern entdeckt. Nach Angaben der Gemeinde hatten Überwachungskameras die Tat aufgezeichnet. Sie sei gegen 19 Uhr begangen worden. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Alexander Wassermann, sprach von einem »Bild der Schande und Empörung« und einer neuen Qualität, da die Täter nicht im Schutz der Dunkelheit gehandelt hätten.

Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen), 7. Juni 2009

Unbekannte haben den jüdischen Friedhof in der Urdenbacher Kämpfe in Düsseldorf verwüstet. Ein Mann, der sich regelmäßig um den Zustand des Friedhofs kümmert, entdeckte die Schäden am Morgen des 7. Juni. Neun von 17 Grabsteinen wurden umgekippt, vier vollständig aus dem Fundament gerissen. Wilfried Johnen, der Geschäftsführer des Landesverbands der jüdischen Gemeinden, geht von einer antisemitischen Tat aus. Der Polizei zufolge gibt es aber keine Schmierereien auf dem Friedhof. »Das war eher Vandalismus als eine politisch motivierte Straftat«, sagte deshalb ein Sprecher.

Dransfeld (Niedersachsen), 8. Juni

Wie aus einem Bericht des Göttinger Tageblatts vom 8. Juni hervorgeht, hat der Stadtrat von Dransfeld eine Erklärung verabschiedet, in der er

DEUTSCHES JAHR

»die jüngsten rechtsradikalen Vorkommnisse in der Stadt« verurteilt. Vermutlich an Pfingsten hatten Unbekannte auf dem jüdischen Friedhof der Stadt Grabsteine umgeworfen und beschädigt und auf einem Stein ein Hakenkreuz eingeritzt.

Frankfurt am Main, 23. Juli 2009

Während einer Passkontrolle am Frankfurter Flughafen hat ein Polizeibeamter eine israelische Familie in antisemitischer Weise beschimpft und auf den Pass der Mutter gespuckt, berichtete die Kölner Rundschau am 23. Juli. Die Zeitung beruft sich dabei auf Meldungen in israelischen Medien, die eine Woche zuvor über diesen Vorfall schrieben. Andere Passagiere seien Zeugen geworden, wie der Polizist während der Passkontrolle nicht nur die Beleidigungen aussprach und den Pass bespuckte, sondern auch so tat, als wolle er die Eltern und die vier Kinder mit einem »imaginären Maschinengewehr« erschießen, und »Henkerbewegungen« machte. Der Vater der Familie war entsetzt über die Geschehnisse und setzte anschließend die deutsche Botschaft in Tel Aviv in Kenntnis. Die Bundespolizei hat »bislang keine Hinweise« für die antisemitischen Vorkommnisse, will aber »im Kontakt mit anderen Behörden« weiter ermitteln.

Mainz (Rheinland-Pfalz), 8. August 2009

Am 8. August hinterließen unbekannte Täter in den Stadtteilen Gonsenheim und Hartenberg-Münchfeld sowie in der Nähe der Universität in Mainz rechtsextreme und antisemitische Schmie-

ereien. Die Polizei stellte die Graffiti, die alle mit derselben Farbe angebracht wurden, an öffentlichen Toiletten, abgestellten Bussen, Litfasssäulen, einer Parkbank und einem an der Universität geparkten Auto fest

Chemnitz (Sachsen), 12. August 2009

In der Stollberger Straße in Chemnitz wurde ein so genannter Stolperstein offenbar mutwillig beschädigt. Ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung entdeckte am Vormittag des 12. August, dass in die kleine Messingplatte zusätzliche Kerben hineingeschlagen worden waren. Die Inschrift wurde auf diese Weise unlesbar gemacht. Der Stein ist Arthur Weiner gewidmet

Berlin, Treptow, 22. August 2009

Fünf unbekannte Jugendliche beleidigten am Abend einen Mann in Alt-Treptow. Der 46-Jährige begegnete den Jugendlichen kurz nach 21 Uhr an der Kreuzung Elsen- Ecke Beermannstraße und sprach sie in russischer Sprache an. Daraufhin bespritzten die Täter ihn mit Bier, bespuckten ihn und beleidigten ihn mit antisemitischen Äußerungen. Sie flüchteten anschließend in Richtung Kieffholzstraße. Das Opfer blieb unverletzt.

Berlin, Zehlendorf, 23. August 2009

Gegen 18 Uhr 30 wurde ein 25-jähriger Mann an einer Badestelle der Krummen Lanke am Quermatenweg von neun Männern antisemitisch beleidigt. Der Mann und seine Freunde werden mit

einer Bierflasche beworfen, jedoch nicht getroffen.

Berlin, Pankow, 1. September 2009

In der Rietzestraße in Berlin-Pankow entwendeten Unbekannte zwei so genannte Stolpersteine. Der Diebstahl wurde bereits vor etwa einem Monat entdeckt, jedoch erst am 1. September gemeldet. Die in den Boden eingelassenen Gedenktafeln erinnerten an Ilse M. Kaiser und Erwin Kaiser, zwei Opfer des Nazi-Regimes. Erwin Kaiser, bei seiner Deportation 63 Jahre alt, war langjähriger Vorsitzender des Vereins zur Förderung der israelischen Taubstummen Deutschlands.

Berlin, Tiergarten/Moabit, 5. Oktober

Unbekannte beschmierten in der Nacht zum 5. Oktober das Jüdische Mahnmal an der Putzbrücke in Berlin-Tiergarten mit einem Hakenkreuz. Angehörige des Objektschutzes entdeckten die Schmiererei am frühen Morgen.

Berlin, Mitte/Friedrichshain, 10. Oktober 2009

Eine Demonstration von bis zu 800 Neonazis, die unter dem Motto »Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff« stand, führte vom Alexanderplatz bis zur Landsberger Allee. Der Aufzug der Rechtsextremen war eine Reaktion gegen den angeblichen »linken Terror«, der hinter dem Angriff auf das Lokal »Zum Henker« am 4. Oktober vermutet wurde. Während die anwesenden Polizist/innen bei der Demonstration der Rechtsextremen teilweise rabiat gegen linke Gegendemonstrant/innen vorgehen, griffen die Beamt/innen nicht ein, als Neonazis aus dem Demonstrationszug heraus »Juden raus« skandierten.

Ausstellung

„Jüdisches Leben in Pankow“

VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.

Über zehn Jahre ist die Wanderausstellung „Jüdisches Leben - Vom Anbeginn zum Neubeginn“ bereits an zahlreichen Orten in Berlin-Pankow zu sehen gewesen. Nicht ohne, dass dies Spuren an der Substanz der beliebten Exposition hinterlassen hat. Dr. Inge Lammel von der VVN-BdA, Autorin der Ausstellung sowie zahlreicher Begleitliteratur, bewegte auch das außergewöhnlich hohe Interesse nun zur Überarbeitung der Schau. Auf 40 Bild- und Texttafeln werden anhand von Fotos, Dokumenten, Statistiken und Chroniken exemplarisch Leben und Wirken, aber auch Schicksale jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Berlin-Pankow aufgezeigt.

Begleitend wird es einen Katalog mit CD geben. Die Rekonstruktion und Überarbeitung der Ausstellung durch Dr. Inge Lammel wird unterstützt durch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.).

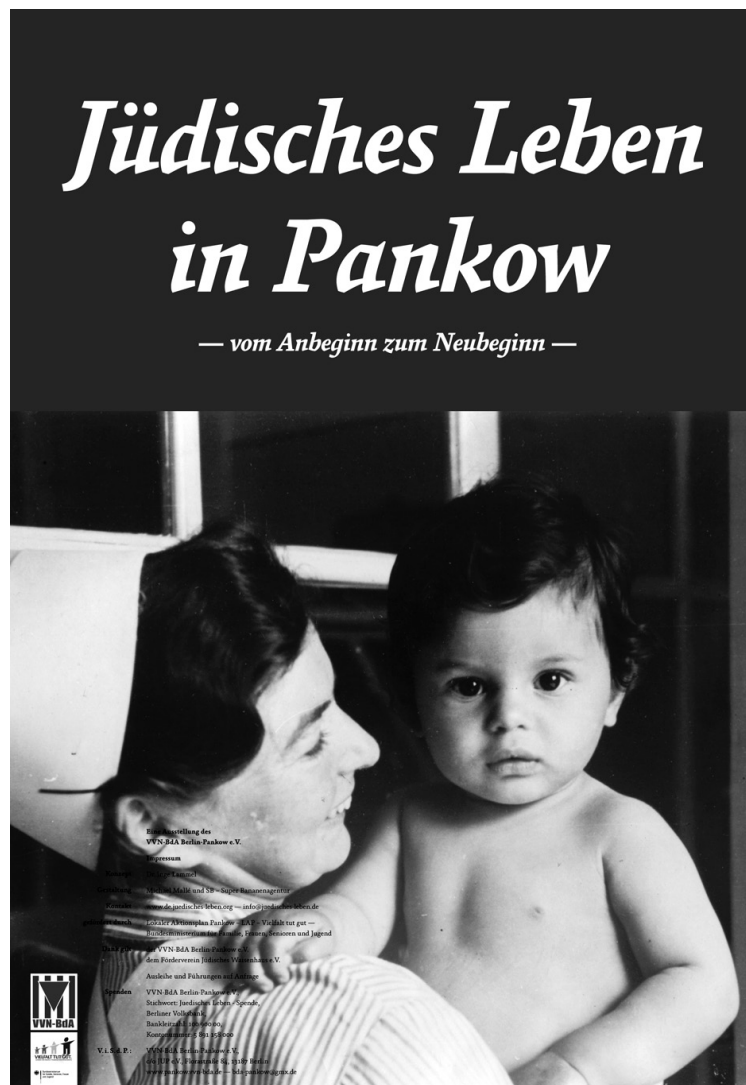
Für die Realisierung werden noch Spenden benötigt. Bankverbindung:

VVN-BdA Berlin-Pankow e.V., Stichwort: Juedisches Leben - Spende, Berliner Volksbank, BLZ 10090000, Kontonummer 5891158000.

Infos: de.juedisches-leben.org

Termine:

- 7. November, 11 Uhr, vor dem Ehemaligen Jüdischen Waisenhaus (Berliner Straße 120/121, nahe U-/S-Bahnhof Pankow): Rundgang zu Stätten ehemaligen Jüdischen Lebens in Pankow
- 9. November, 15.30 Uhr, Rathaus Pankow (Breite Str. 24A, 1. Etage): Präsentation der überarbeiteten Wanderausstellung „Jüdisches Leben in Pankow - Vom Anbeginn zum Neubeginn“. Eröffnende Worte und Führung der Ausstellungsmacherin Inge Lammel
- 10. November bis 20 November, werktags 6-20 Uhr, Rathaus Pankow (Breite Str. 24A, 1. Etage): Die Wanderausstellung ist im Rathaus zu sehen. Begleitend gibt es eine Multimedia-CD. Weitere Ausstellungsorte folgen in Kürze.



Ausstellung:

„Dem Leben hinterher - Fluchtorte jüdischer Verfolgter“

Eine fotografische Spurensuche“

Um der Deportation zu entgehen flüchteten sich Juden mit der Hilfe mutiger Menschen an alle erdenklichen Orte, sie hielten sich dort versteckt oder lebten getarnt unter falschem Namen.

Fotografinnen: Sibylle Baier und Daniela Friebe

Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt

Rosenthalerstraße 39

10178 Berlin

bis August 2010

Eintritt frei

Öffnungszeiten

Mo - So 10 - 20 Uhr

Ausstellung

„Die polnische Minderheit im KZ. Mitglieder polnischer Verbände im Deutschen Reich in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Ravensbrück 1939-1945“

Zweisprachige Ausstellung (Deutsch/Polnisch) über die Verfolgung der polnischen Minderheit in Deutschland durch die Nationalsozialisten

Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Straße der Nationen 22,

16515 Oranienburg

bis 28. Februar 2010

Öffnungszeiten

15. März bis 14 Oktober: täglich 8.30 - 18.00 Uhr

15. Oktober bis 14. März: täglich 8.30 - 16.30 Uhr

Montags sind die Museen, das Archiv und

die Bibliothek geschlossen.

Konsequent gegen
Neofaschismus
Rassismus
Antisemitismus
Nationalismus
VVN-BdA

Ob Dresden, Dortmund
oder anderswo:

NAZI-AUFMÄRSCH BLOCKIEREN IST UNSER RECHT!

Keine Kriminalisierung von
Zivilcourage gegen Neonazis!



1. November, 16.00 Uhr

„Bleib aufrecht, mein Sohn“.
Veranstaltung mit Hermann-Ernst Schauer, DRAFD, der in Belorussland an der Seite von Partisanen und Partisaninnen gegen die Nazis kämpfte.
Im Anschluss wir der Spielfilm „Defiance“ gezeigt. (USA 2008, 137 min)
Kulturfabrik Moabit
Lehrter Str. 35
Antifaschistische Initiative Moabit

4. November, 19.00 Uhr

„Das Konzentrationslager Columbia-Haus“
Tristezza, Pannierstr. 5 - (U Hermannplatz)
Das KZ Columbia- Haus kann als eines der frühen Konzentrationslager als eine Art „Übungsstätte“ für die darauffolgenden KZs gesehen werden. Vor allem waren hier politische Gegner, Homosexuelle und „Asoziale“ inhaftiert. Innerhalb dieser Veranstaltung wollen wir euch über die Hintergründe und die Geschichte des

einzig eigenständigen Berliner Konzentrationslagers am Columbiadamm, welches häufig in Vergessenheit gerät, informieren.
ANA - Autonome Neuköllner Antifa

4. November, 19.30 Uhr

Kirsten Esch: »Überleben im Versteck«
Filmpreview und Gespräch mit Eva Kuper und der Regisseurin
Der Film erzählt die Geschichte von drei jüdischen Kindern, die während des Zweiten Weltkriegs versteckt wurden. Erst 62 Jahre später fand Eva Kuper ihre Retterin wieder. Eine Nonne hatte das Mädchen in einem polnischen Kloster versteckt. Fred Taucher überlebte in Berlin mitten unter Nazis.
Jüdisches Museum Lindenstraße 9-14
10969 Berlin Eintritt frei

6./7. November, 19:30 Uhr

„Dresden calling – Aktiv werden gegen den Nazi-Aufmarsch im Februar 2010“
Aktionskonferenz am 06./07. November 2009 in Dresden
Veranstaltet vom bundesweiten Bündnis No-Pasarán!
DGB-Haus (Schützenplatz 14), Dresden
Freitag, 06.11.2009, 19.30 - 21.30 Uhr
Aufaktveranstaltung „Dresden 2010: Naziaufmarsch stoppen! Aber wie?“
mit Vertreter_in NoPasarán! (Berlin), Ralf Hron, DGB Dresden und GehDenken-Bündnis, Peter Strutyński, Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag (Kassel), Nora Goldenbogen, Vorsitzende Jüdische Gemeinde Dresden, •Albrecht Schröter, Oberbürgermeister der Stadt Jena, Moderation: Andreas Speit (Journalist)

07.November2009, 10.00 - 13.00 Uhr

Workshops:
• A: „Nazis blockieren: Rechtliche Situation, Ängste und Aufklärung“
• B: „Dresden 2010: Aktiv werden im Vorfeld“
• C: „Erfolgreich gegen Nazis: Beispiele aus Köln und Berlin“
• D: „Gemeinsam gegen Nazis: Spektrenübergreifende Zusammenarbeit“
• E: „Jedes Jahr noch mehr Nazis in DD - Wie konnte das passieren?“

• F: „Trauma Dresden“: Gedenken vs. Anti-Nazi-Protest“
Infos. <http://www.no-pasaran.mobi/>



7. November, 19:30 Uhr

„In Erinnerung an Frederic Zeller und seine Familie“
Ein medienpädagogisches Projekt von Jugendlichen aus Spandau
Fanny und Heinrich Zeller wurden von den Nazis deportiert und ermordet, Heute erinnern „Stolpersteine“ in Spandau an Sie.
Ehrgäste dieser Veranstaltung sind die Enkelin und die Urenkelin von Fanny und Heinrich Zeller.
AG Christen und Juden der Evangelischen Kirche in Spandau
Museum der Nikolaigemeinde
Reformationsplatz 12 (U-Bhf.Altstadt Spandau)

9. November, 15.00 Uhr

„Nr. 58866: Judenkönig. Aus dem Leben des Kurt Julius Goldstein“.
Lesung und Gespräch zur Neuauflage des Buches mit Rosemarie Schuder,
Pflegedienst Schwester Christiane,

Alt-Köpenick 34
anschließend:
Gedenken an die Pogromnacht 1938 am Platz der ehemaligen Synagoge Freiheit 8
VVN-BdA- Köpenick

8. November, 11.00 Uhr

Matinee des BdA Treptow zum 71. Jahrestag der Pogromnacht am 9. November 1938
Rathaus Treptow, Neue Krugallee
VVN-BdA- Treptow

8. November, 18.00 Uhr

Lesung zum Novemberpogrom:
Gelesen werden Texte zum Novemberpogrom 1938.
Sie sind der Quellenedition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“ entnommen, die zu einem Schriftdenkmal für die ermordeten europäischen Juden werden soll.
Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Oldenbourg Wissenschaftsverlag, der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.
Der Eintritt ist frei
Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum
Oranienburger Str. 28-30, 10117 Berlin

9. November, 18.00 Uhr

71. Jahrestag der Pogrome vom 9./10. November 1938
Gedenkveranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin:
Schülerinnen und Schüler sowie Ehemalige der Anne-Frank-Grundschule zeigen Ausschnitte aus der Szenischen Collage zum 80. Geburtstag von Anne Frank:
„Liebe Anne... Das sind wir!“
Begrüßung: Lala Süßkind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
Grußwort: Ingeborg Junge-Reyer
Gedenkrede: Margot Friedländer
Gebet: Rabbiner Tovia Ben-Chori
Jüdisches Gemeindehaus. Fasanenstrasse 79/80, Charlottenburg

TERMINE

10. November, 19.00 Uhr,
 „Der lange Weg nach Palästina“
 Die Geschichte einer Lichtenrader Familie in Briefen -1910 -1947
 Briefe aus vier Jahrzehnten des Lichtenrader Rechtsanwalt Ernst Pinner an seine Schwester Margarethe.
 Reflektionen über Judentum, Gesellschaft und Politik neben ganz Persönlichem.
 Berliner Geschichtswerkstatt e.V.
 Tempelhof-Museum, Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin.
 (U-Bhf. Alt-Mariendorf, Bus X 76, M 76, M 77, 179, 181)
www.berliner-geschichtswerkstatt.de

12. November
 Gegen den Naziaufmarsch in Halbe und das Militaristentreffen auf dem Friedhof Columbiadamm.
 Informationen und letzte Updates zum Naziaufmarsch in Halbe und den dortigen Gegenaktivitäten als auch zum alljährlichen Treffen von Reservisten/Militaristen auf dem Neuköllner Garnisonsfriedhof Columbiadamm am Volkstrauertag, am 14. und 15. November 2009.
 Danach findet im Projektraum der monatliche

antifaschistische Solitresen des Antifaschistischen Bündnis Süd-Ost statt.
 Projektraum Hermannstraße 48 (Neukölln)

14. November
 Gegen das Heldengedenken in Halbe!
 Für den 14.11.2009 haben Nazis einen Aufmarsch in Halbe angemeldet. Sie wollen zum dortigen Soldatenfriedhof marschieren. Nach ihrem Debakel im März 2007, versuchen sie erneut Halbe zu einem Wallfahrtsort zu machen.
 Das werden wir nicht zulassen.
 Kommt zur antifaschistischen Kundgebung am 14.11.09 in Halbe!
 Infos unter: <http://redhalbe.blogspot.de/>

18. November - 5. Dezember 2009
 „Welchen der Steine du hebst“ -
 Filmische Erinnerung an den Holocaust
 Humboldt-Universität zu Berlin in Kooperation mit dem Hackesche Höfe Kino
 Veranstalter: Kulturwissenschaftliches Institut und Kollegium Jüdische Studien der Humboldt-Universität zu Berlin in Kooperation mit dem Hackesche Höfe Kino
 Infos: www.film-erinnerung.de

Die Recherche-Broschüre Fight.Back ist mit einer neuen Ausgabe erschienen. Die Broschüre richtet sich an alle, die sich mit den Erscheinungsformen der extremen Rechten in Berlin aktionistisch, wissenschaftlich, beruflich und journalistisch auseinandersetzen.

Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe:

- Berichte aus den Berliner Bezirken und Regionen rund um Berlin
- Berlinweite neonazistische und extrem rechte Strukturen
- Neonazistische Strategien im Internet und bei Strafprozessen
- Interview über antifaschistische Gegenstrategien

Download unter: <http://fightback.gulli.to/>

fight.back⁰⁴
 Antifa Recherche Berlin/Brandenburg
Strukturen und Szenen, Analysen, Berliner Bezirke, Brandenburg
 ANTIFASCHISTISCHES AUTORINNENKOLLEKTIV, BROSCHÜRE, A4, 76 S.
 ERHÄLTICH ALS PDF UNTER FIGHTBACK.GULLI.TO
 BESTELLUNGEN AN FIGHTBACK@NO-LOG.ORG

UnterstützerInnen:
 Autonome Neuköllner Antifa [ANA]
autonome_neukoellner_antifa@riseup.net
<http://neukoelln.antifa.net/>

Antifa Prenzlauer Berg
apb@riseup.net
www.antifa-pberg.de.vu

Antifa TU Berlin
antifa_tub@no-log.org
www.antifa-tu-berlin.tk/

Emanzipativen Antifaschistischen Gruppe (EAG-Berlin)
eag-berlin@riseup.net
<http://pankow.antifa.net>

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
 Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.: www.berlin.vvn-bda.org

Impressum:
 AIM c/o Berliner VVN-BdA e.V.,
 Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
a_i_m@gmx.de, www.antifa-moabit.de.vu
 V.i.S.d.P.: M.Meier, Alt Moabit 25, 10555 Berlin

Der Berliner Journalist Peter Neuhof schildert aus eigenem Erleben, gestützt auf seine Tagebuchaufzeichnungen und die seines Vaters, Briefe seiner Eltern, Dokumente der Gestapo und Gerichtsakten die Zeit von 1930 bis 1945. Wie in einem Brennglas verdichten sich in seiner Geschichte die Terrormaßnahmen der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung und gegen die wenigen, die sich nicht kampflos in ihr Schicksal fügten. Verhaftungen und Gerichtsverfahren, Deportation von Familienmitgliedern in die Vernichtungslager, aber auch der feste Wille, sich nicht wie Schafe zur Schlachtbank führen zu lassen, bilden den Kern dieser Geschichte.
 297 Seiten
 Pahl-Rugenstein-Verlag
 24,90 EUR

Bibliothek des Widerstandes



Neu erschienen bei AG Spak Bücher:
 „ausgesteuert – ausgegrenzt ... angeblich asozial“ Herausgegeben von Anne Alex & Dietrich Kalkan & dem AK „Marginalisierte – gestern und heute“. 30 Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem Wesen des Stigmas „Asozial“. Im jeweils spezifisch historischen Spannungsfeld der Sozialpolitiken, den dazu benutzten Argumentationen und dem spezifischen Verwaltungshandeln werden unter anderem die geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen und Mädchen, die Unterdrückung von Heimkindern, die Repression gegen Strafgefangene und die Verfolgung von Bettlern, „Widerständigen“ und „Gemeinschaftsfremden“ thematisiert

